

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Otto Karsten, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1704, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 16. bis 31. Oktober 1,00 Mark, Abholer 0,90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Doppelparallelschleife beträgt 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Gesellschafter 12 1/2 Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreieckige 80 Millimeter breite Reklameschleife beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar gestellt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Nachdruck keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 248.

Magdeburg, Mittwoch den 22. Oktober 1924.

35. Jahrgang.

Der Reichstag aufgelöst. Neuwahlen am 7. Dezember.

Das letzte Mittel.

Der Reichskanzler hat endlich Wort gehalten! Er hat seine Verhandlungen bis Montag abend 7 Uhr abgeschlossen! Das Ende bildete der einmütige Beschluß des Kabinetts: Auflösung des Reichstags!

Der Inflations-Reichstag tritt nicht mehr zusammen, er ist an seiner eignen Unfähigkeit und Würdelosigkeit gestorben. So ist endlich dem Volke Gelegenheit gegeben, seine Fehler vom 4. Mai zu korrigieren und an Hand der Erfahrungen mit dem soeben von der Bildfläche verschwundenen Parlament zu ermeßen, wenn in Zukunft seine Stimme gehört. Es hat zu entscheiden, ob die Politik des Friedens nach innen und außen, die von jeher von der Sozialdemokratie verfolgt wurde, auch in Zukunft Geltung haben oder ob der deutschnationale Wille, der nur zu neuer Verelendung, neuer Inflation und neuen Kriegen führen muß, die deutsche Politik in den kommenden Jahren beherrschen soll.

Die Wahl dürfte nicht schwer sein. Nach 5 Jahren bitteren Leids und Elends triumphiert heute die Außenpolitik der Sozialdemokratie. Schon früher wäre dem Elend ein Ende bereitet worden, wenn nicht die Deutschnationalen in einem nicht zu überbietenden Maße von Verantwortungslosigkeit die Politik der friedlichen Verständigung bekämpft hätten, um ihr schließlich doch die Zustimmung zu geben, als die Reichstagsauflösung drohte. Sie haben von einer neuen Verflabung, einem zweiten Versailles gesprochen, sich schließlich aber dieser Verflabung und diesem zweiten Versailles gebeugt und waren jetzt auch noch bereit, in der Reichsregierung an der Durchführung dieser Verflabungsgesetze mitzuarbeiten. Innerhalb ganz kurzer Zeit verlungneten sie ihr unehrliches Wahlprogramm, ließen ihre Wähler im Stich und gedachten, ihre Gesinnung für den Preis einiger Ministerfessel zu verschäubern. Anfänglich forderten sie als Entgelt für diese Selbstverleugnung „mindestens vier Minister“, aber es steht fest, daß sie sich auch mit zwei begnügt hätten, wenn es ernsthaft darauf angekommen wäre. Die Gesinnung ist ihnen nichts, die einseitige Ausübung der Macht alles.

Die Sozialdemokratie hat dagegen in allen Stürmen ihren Mann gestanden. Sie war immer zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau bereit, selbst auf die Gefahr hin, daß ihre Politik bei einem Teile des Volkes nicht verstanden wurde. Heute ist der Beweis geführt, daß ihre Politik die einzig richtige war. Die große Mehrheit des Reichstags, mit Einschluß der Deutschnationalen, hat sich ihren außenpolitischen Richtlinien angeschlossen. Damit ist gleichzeitig bewiesen, wer ernsthaft national denkt und wer mit den Interessen unsers Volkes jahrelang Schindluder treibt.

Der Kampf galt in den letzten Wochen der künftigen Richtung in der Innenpolitik. Hier hat sich die Sozialdemokratie, soweit es bei ihr lag, mit allen Mitteln bemüht, die „Gemeinschaft der Ausbeuter“ zu verhindern, weil sie die werktätige Bevölkerung, die Arbeiter, Angestellten und Beamten vor der einseitigen Verteilung der Lasten, die das Dawes-Gutachten zweifellos mit sich bringt, bewahren wollte. Sie führte einen Kampf gegen fast sämtliche bürgerlichen Parteien, die aus Furcht vor der Verantwortung, aus Angst vor einem Appell an die Wähler schließlich bereit waren, eine Regierung gegen den Willen des Volkes zu bilden. An der Haltung der Sozialdemokratie und der anerkanntwertesten Entschlossenheit der demokratischen Fraktion ist diese Absicht der Deutschnationalen und der Volkspartei gescheitert. Der Block des Besizes kam nicht zustande, der Reichstag mußte aufgelöst werden.

Die Stunde der Abrechnung ist da! Jetzt stehen wir vor der großen Auseinandersetzung zwischen Besitz und Arbeitnehmerschaft! Ihr Ausgang bestimmt auf Jahre die Richtung der deutschen Politik. Nur wenn die Deutschnationalen und ihre Hilfskrieger, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Volksparteier, wie es ihnen gebührt, geschlagen werden — nur dann besteht Aussicht, daß in den kommenden Jahren auch die Interessen der Arbeitnehmerschaft gewahrt werden. Der Kampf gegen diese Parteien ist gleichwertig mit einem Kampfe gegen neuen Krieg, neue Inflation, neues Elend, für die soziale und

politische Freiheit der werktätigen Bevölkerung unsers Reiches, für die Erhaltung der Republik und Demokratie!

Neuwahl auch in Preußen!

Da der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtags in der vergangenen Woche einstimmig beschlossen hatte, im Fall einer Auflösung des Reichstags die an sich fälligen Preußenwahlen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen, unterliegt es keinem Zweifel, daß, nachdem nunmehr die Würfel im Reiche gefallen sind, auch der Preussische Landtag ein vorzeitiges Ende erreicht. Alle Parteien des Preussischen Landtags sind sich einig, die Wahlen im Reich und in Preußen gemeinsam stattfinden zu lassen.

Neuwahlen finden auch in Hamburg und Hessen statt und vielleicht werden auch diese Wahlen mit den Reichstagswahlen zusammengelegt.

Die Auflösungsdekret.

Amlich wird am 20. Oktober 7 1/2 Uhr abends gemeldet: Die Bemühungen des Reichskanzlers, die jetzige Reichsregierung zu erweitern, um ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zur Fortführung der bisherigen Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraufhin hat der Reichskanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinetts beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen.

Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichskanzlers entsprochen und nachstehende Verordnung erlassen:

Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher erfolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident.
gez.: Ebert.

Der Reichskanzler.
gez.: Marx.

Der letzte Versuch.

Reichskanzler Marx hatte die Fraktion der Demokraten schriftlich gebeten, den Reichswehrminister Geßler in einem durch Deutschnationale erweiterten Kabinetts zu belassen.

In die Deutschnationalen hatte Marx das Ersuchen gerichtet, sich mit drei Ministerialen zu begnügen und den jetzigen Reichsernährungsminister Graf Ranik als ihren vierten Mann zu akzeptieren. Bei dieser Gelegenheit erfährt man auch, daß Ranik immer noch eingeschriebenes Mitglied der Deutschnationalen ist, sein damaliger mit großem Lament angekündigter Austritt sich lediglich auf die deutschnationale Reichstagsfraktion bezog. Es ist also festzustellen, daß die Deutschnationalen bereits im Reichskabinetts vertreten sind.

Der Reichskanzler hatte schriftliche Antworten erbeten. Die Deutschnationalen haben sich — würdig ihrer bisherigen Haltung! — von einer klaren Antwort gedrückt. Die Demokraten antworteten mit einem müden Nein!, und darauf wurde im Kabinetts beschlossen, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags zu empfehlen.

Alle Arbeiten eingestellt.

Das vom Reichspräsidenten unterzeichnete und vom Kanzler gegengezeichnete Auflösungsdekret ist am Montag abend von Staatssekretär Wraich dem Reichstagspräsidenten überbracht worden. Eine Abschrift wird allen Abgeordneten zugestellt.

Mit der Auflösung des Reichstags haben auch sämtliche Ausschüsse des Reichstags ihre Arbeiten beendet. Auch der Aufwertausschuß tritt daher nicht mehr zusammen.

Die Fraktionen tagen ebenfalls als Fraktionen nicht mehr. Der Präsident wird aber ihrem Zusammentritt kein Hindernis in den Weg legen, indem er sie als Vertrauensleute der Parteien betrachtet.

Deutschnationale gegen Deutschnationale.

Schon am 29. August hatte der Kanzler die Auflösungs-genehmigung in seiner Aktentafel.

Aus Angst vor der Auflösung kommandierten die Deutschnationalen 48 ihrer Mitglieder zum Tages-sagen ab oder, wie die „Deutsche Tageszeitung“ das ausdrückte: sie übten „Vernunft“, um der Auflösung zu entgehen.

Dafür ließen sie sich als gute Kaufleute von den Streifenmännern und einigen Zentrumsleuten vier Minister-sitze versprechen. Als aber die Abstimmung vorüber war, ging der Krach im eignen Lager los. Mißtrauensbeschlüsse gegen die Tages-sager hagelten nur so und der Rücktritt der Führung — lies: Sergt — wurde stürmisch verlangt.

Schließlich sagte Sergt selbst, um dem Sturme zu begegnen, eine „Reform der Partei an Haupt und Gliedern“ zu und kündete „schärfste Opposition“ für den Fall an, daß sie nicht den versprochenen maßgebenden Einfluß im Kabinetts erhielten.

Seit der Zeit schächern und feilschen sie nun um die Ministerfelle mit einem Eifer, den sie in ihrer eignen Sprache als „orientalisch“ zu bezeichnen pflegen.

Aber während die Volksparteier ihnen als Lakaien nachlaufen, um ihnen Trosttropfen gegen ihre Zerlegungs-frankheit zu spenden, rührt sich im Körper der Deutschnationalen Partei der Widerspruch gegen solche Tränklein. Ein „herorragendes Mitglied“ der Deutschnationalen spricht in einer Zuschrift an die „Deutsche Zeitung“ davon, daß es nur „mit Bittern und Beben“ die Zeitungen in die Hand nehme, um über den neuesten Stand der Krise sich zu unterrichten:

Wir fragen uns immer von neuem nicht nur, wie die Lamentgebild zu erklären ist, die von unsrer Parteileitung bei den unwürdigen Verhandlungen mit dem Reichskanzler und den andern Parteien wegen der Regierungsumbildung bewiesen wird, sondern wir gehen den Dingen auf den Grund und werfen die Frage auf, wie es überhaupt zu erklären ist, daß denkende Politiker von Namen und Ansehen sich darauf versteifen, in eine Regierung hinein zu wollen, deren wesentliche Vertreter aus tausend guten Gründen von der Partei bekämpft werden mußten, die sich in nichts geändert haben, sondern im Gegenteil ihren Weg zum Internationalen folgerichtig weitergegangen sind.

Deshalb möchte ich für mich und im Namen nicht gleichgültiger Genossinnen für alle Fälle doch den Ein-drud schildern, den wir, je länger je mehr, von dem Verhalten unsrer Parteileitung bei den Verhandlungen über die Regierungsumbildung bekommen haben. Wir dürfen dabei nicht außer Betracht lassen, daß unsre Beauftragten weniger ihre Meinung vertreten, als die Beschlüsse ausführen, die in der Fraktion gefaßt worden sind. Und das muß gesagt werden, daß offenbar dort eine Art von Regierungs-tollheit ausgebrochen ist, ohne politische Einstellung, die Urteil und Würde im gleichen Maße vermissen läßt und die nur eine brünstige Sehnsucht zu haben scheint: Hinein in die Regierung um jeden Preis, also auch unter Aufopferung von Programmpunkten und Versicherungen, die vor der breitesten Öffentlichkeit festgelegt worden sind.

„Führende Persönlichkeiten“ der Deutschnationalen, so heißt es weiter, „drängen sich danach, in die Regierung zu kommen und den Jammer vergrößern zu helfen! Ueber die Enttäuschungen, die unsre Partei uns gebracht hat, sind wir längst hinaus, noch nicht aber über das Gefühl der Beschämung, wenn wir so viel Mangel an Würde und Stolz sehen!“

Schließlich kündigt dies „herorragende Mitglied“ der Deutschnationalen Partei den „Regierungsstellen“ fürchterliche Abrechnung an, insbesondere dem in Sachen gewählten Abgeordneten Hoegsch, und dem Industrievertreter Dr. Reichert, von denen schon heute das Wort gelte: „Werft sie zu den Toten!“

Fraktion und Parteiauschuß.

Wegen der Auflösung des Reichstags findet die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion am Mittwoch den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Fraktionszimmer 25 des Reichstags statt. Gleichzeitig tagt der Parteiauschuß, dessen Mitglieder ohne besondere Einladung ebenfalls an dieser Sitzung erscheinen müssen.

Der kommende Sieg der Sozialdemokratie.

Ein Blick in die bürgerliche Berliner Morgenpresse zeigt, wie ungelegen den einzelnen bürgerlichen Parteien die Reichstagsauflösung ist. Der deutschen nationalen „Kreuzzeitung“ fällt vor Schreck nichts weiter ein als die alte Phrase von dem „jüdischen Marxismus“.

Stressemann hielt in der letzten Kabinettsitzung eine Rede, in der er alle Verpflichtungen gegenüber den Deutschenationalen als aufgehoben bezeichnet und für ungültig erklärt. Er weiß also ganz genau, daß eine Wahlgemeinschaft mit den Deutschenationalen seiner Partei bitter zu stehen kommt, und deshalb bereitet er sich schon auf jene Zeit vor, die ihm für alle Fälle freie Hand auch nach links gewähren und ihm sein Amt unter allen Umständen sichern soll. Die Erklärungen Stressemanns sind als Antwort auf die Bestrebungen seiner deutschnationalen Brüder, einen gemeinsamen Feldzug aller „vaterländischen“ Parteien herbeizuführen, zu betrachten. Denn in der großagrarischen „Deutschen Tageszeitung“ heißt es:

Wiederholt bezeugen wir schon, daß die Neuwahlen wahrscheinlich den Sozialdemokraten einen gewissen Zuwachs bringen werden, weil die kommunistische Bewegung offensichtlich weniger Wahlausichten hat als am 4. Mai. Mit dem besten Gewissen aber können die Reichsparteien dem Wahlkampf entgegengehen. Dabei muß allerdings von vornherein der dringende Wunsch ausgesprochen werden, daß nach Möglichkeit eine einheitliche Front der bürgerlichen Parteien für den Wahlkampf hergestellt wird. Gewiß kann man weder den Wettbewerb noch die Unterschiede des politischen Temperaments ausschalten, die nun einmal zwischen diesen Parteien vorhanden sind. Für die Art aber, wie sie unter sich den Wahlkampf führen, sollte unbedingt das vaterländische Interesse den Ausschlag geben. Das würde die Stohkraft der gesamten nationalen Bewegung erhöhen und durch diesen Wahlkampf die Grundlage für die Gesundung unserer politischen und wirtschaftlichen Lebens schaffen.

Diese Gesundung wünschen auch wir. Aber sie ist nur möglich gegen die Deutschenationalen und gegen die Volkspartei als die Mächer des Bürgerblocks. Es dürfte nicht schwer sein, das zu erreichen. Denn die Deutschenationalen gehen in diesen Wahlkampf mit gebrochener Front. In ihren Reihen kristallisiert es bedenklich, und das „Berliner Tageblatt“ hat recht, wenn es heute behauptet:

Die Partei, die bei dem Dawes-Gesetz so schmählich auseinanderfiel, ist zerrissener denn je. Sie wird jetzt alle ihre Kräfte auf die Verteidigung zu verwenden und dabei kurze Beine haben.

Die demokratische „Wossische Zeitung“ sagt:

Die deutschnationale Volkspartei hat am 4. Mai 105 Mandate gegen die Republik, gegen die Volksverfälschung und gegen die Völkerverständigung erlangt. Die Reichstagsauflösung gibt ihr jetzt Gelegenheit, durch die Art, wie sie den Wahlkampf führt, den Beweis zu liefern, daß die Politik Marx nicht nur Lug und Trug gewesen ist. Wer beweist, daß sich eine Gruppe, die sich den Namen deutschnational zulegt, mit Freuden bereit sein wird, alle Zweifel an ihrer Ehrlichkeit durch die Tat zu widerlegen? Was sie vor dem 28. August mit 100 Prozent verspricht und am Wahlkampfstage zu 50 Prozent bejahet, wird sie jetzt in der Wahlbewegung klar und unabweisbar mündelicher 100prozentig in Stadt und Land vertreten.

Ebenso übereinstimmend, wie in der gesamten bürgerlichen Presse ein starker Stimmenverlust für die Deutschenationalen vorausgesagt wird, hält man einen Wahlsieg der Sozialdemokratie bereits für selbstverständlich. Die Bemühungen, den Schild unserer Partei zu beslecken, sind natürlich groß und werden noch viel größer werden, aber trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die Sozialdemokratie ihren Mann gestanden und kaum je in einer Situation glänzender abgegrenzt hat als im gegenwärtigen Augenblick. Deshalb tritt sie in diesen Wahlkampf auch mit der größten Zuversicht ein.

Die Deutschenationalen.

Kammerlich bis zum Ende war die Haltung der Deutschenationalen. Am Montag nachmittags um 2 Uhr trat ihre Fraktion zusammen, um über die Antwort auf den Reichstagsbescheid

zu beschließen. Und der Beschluß? Weil die Antwort der Demokraten noch nicht bekannt war, lehnte die Fraktion der starken Männer es ab, einen Beschluß zu fassen. Um 6 Uhr abends trat die Fraktion noch einmal zusammen, und weil immer noch nicht bekannt war, was die Demokraten beschließen hatten, gingen die Deutschenationalen ohne Beschluß auseinander.

Wie verlautet, hat diese Stellung der Deutschenationalen im Kabinett den Entschluß reifen lassen, auf alle weiteren Versuche, mit dieser deutschnationalen Fraktion zu Rande zu kommen, zu verzichten und den Reichstag aufzulösen.

Antwort der Demokraten.

Die Antwort der Demokraten auf die Anfrage des Reichstags, ob die Demokraten einem Reichstagskabinett gegenüber „Neutralität“ üben und Dr. Geßler gestatten würden, als Wehrminister zu verbleiben, lautet wörtlich:

Die Deutsche Demokratische Fraktion hat wiederholt erklärt, daß nicht der geringste Grund für die Herbeiführung einer Regierungskrise vorzulegen hat. Wenn der Herr Reichstagspräsident sich entsprechend dem Geiste der Verfassung entschließt, unbefristet um die schwebende Haltung einzelner Fraktionen, mit dem jetzigen Kabinett vor den Reichstag zu treten, so würde dieses Kabinett von dem Reichstag ein glattes Vertrauensvotum erhalten. Die schwere außenpolitische Gefahr, die mit der Einbeziehung der Deutschenationalen in das Kabinett bei ihrer unsicheren außenpolitischen Haltung verbunden ist, hat die Deutsche Demokratische Fraktion wiederholt zu dem Beschluß veranlaßt, eine einseitige Verankerung des Kabinetts nach rechts nicht mit ihrer Verantwortung zu deden. Die geplante Zusammenfassung des neuen Kabinetts, in das auch Deutscheationale berufen werden sollen, die sich dem Dawes-Gesetz gegenüber ablehnend verhalten haben, kann die Deutsche Demokratische Fraktion in ihrer Haltung nur bestärken. Daß die Fraktion, die dafür eintritt, das jetzige Kabinett in seiner Gesamtheit zu erhalten, ihre Zustimmung dazu gäbe, ein Mitglied ihrer Fraktion in einem ohne sie neu gebildeten Kabinett zu befehlen, und daß sie durch einen derartigen halben Schluß unklare Verantwortlichkeiten schafft, ist ein Verlangen, dem die Fraktion nicht entsprechen kann.

Um 5 Uhr nachmittags teilten die Abgeordneten Dr. Koch und Erkelenz dem Reichstagspräsidenten den Wortlaut des demokratischen Beschlusses mit. In der Aussprache, die sich daran knüpfte, empfahlen die beiden demokratischen Führer dem Reichstagspräsidenten, noch einmal mit seinem Kabinett vor den Reichstag zu treten und eine Entscheidung des Plenums darüber herbeizuführen, ob die Mehrheit seine Politik billige, oder nicht.

Zwei „Klassenkämpfer“.

Beim letzten Kreistag in Pleßja fand eine Besichtigung der Pleßjaer Kohlenwerke statt, zu der alle Kreistagsmitglieder eingeladen waren. Die Kommunisten nahmen an dieser Besichtigung teil, die für jeden lehrreich war, nicht teils. Sie setzten sich in Pleßja zusammen und bekämpften den Alkohol. Das Kreistags- und Kreisaußenpolitikmitglied Walthers war um 6 Uhr total betrunken. Er kam in die Bahnhofswirtschaft, wo die Kreistagsabgeordneten auf den Zug warteten und

hat weinend den Bergwerksdirektor v. Dessins um Verzeihung, daß er das Werk nicht mit besichtigt hätte, aber er habe auf Befehl seiner Partei nicht gedurft. Dann erklärte er weiter unter Tränen, er habe den „kommunistischen Schwindel“ und den moskowitzischen Zwang satt und trete aus der kommunistischen Partei aus. Das hat wohl die kommunistische Partei erfahren und ist nun dem Austritt durch den Ausschluß Walthers zuvorgekommen.

Die zweite Größe ist Gustav Raumann, Korbmachermeister aus Mühlberg. Intrigant am politischen Kreistheater; ins Gesicht stets freundlich und salbungsvoll, hintenherum der größte Heßer und Drahtzieher, besonders gegen Sozialdemokraten. Raumann als Fraktionsführer

bespricht alles vorher mit den Deutschenationalen. So hatte er denn auch diesen zugejagt, daß die kommunistische Partei sich der Stimme bei der Wahlvorsteherwahl enthalten wird, damit die Deutschenationalen ihren Kandidaten durch-

bringen; hätten die Kommunisten ihre Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten gegeben, so wäre er durchgekommen.

Raumann verhalf also den Deutschenationalen zum Amtsvorsteher! Was tut nun der edle Kommunist nach der Wahl? Er fährt hin und

beglückwünscht den Deutschenationalen zur Wahl.

Dabei erzählte er treuherzig, der neue Amtsvorsteher habe es den Kommunisten zu danken (stimmt an sich), daß er gewählt sei; denn im Herzen seien die Kommunisten für ihn gewesen, sie hätten aber doch nicht gut mit den Deutschenationalen stimmen können, um aber seine Wahl zu sichern und die Wahl eines Sozialdemokraten zu vereiteln, hätten sie weiße Zettel (stimmt. D. R.) abgegeben.

Das sind wieder einmal zwei von den „revolutionären Massenkämpfern“, die sich in der Trunkenheit selbst entlarven. So sehen die schäbigen Gesellen aus, die die sozialdemokratischen Führer verlästern und verleumben, heimlich aber mit den erbittertesten Feinden der Arbeiterbewegung im Bunde stehen.

August macht hohe „Pulsett“.

Die kommunistische Magdeburger „Tribüne“ hat in ihrer Ausgabe vom Dienstag den 21. Oktober eine Bilanzleistung vollbracht: sie hat sich in politischer Einseitigkeit selbst übertrifft. Die kommunistischen Strategen in der Redaktion tappten während der ganzen Regierungskrise so drollig-tappisch, so ahnungslos-naiv im politischen Zirkus umher, daß sie sich allüberall den Titel „Dummer August“ verdienen. Der Reid muß es ihnen lassen, daß sie in dieser Rolle, die ihnen wie auf dem Leib angewachsen ist, Stauenswürter leisteten und heitern Weisall erzielten.

Stürmische Nachfolge wird aber der „Tribüne“ ihr neuester ungewollter Witz einbringen. In derselben Stunde, da sich das ganze normale Deutschland darüber freut, daß der Wechselbalg von einem Reichstagsende sich aufgeflogen ist, weil die Sozialdemokraten dem anmarschierenden Bürgerblock Geduld Wein auf Wein stellten — in derselben Stunde schreibt die „Tribüne“ in großer Aufmachung über die ganze erste Seite hinweg: „Die Sozialdemokratie für die deutschnationale Regierung!“ So etwas bringt wahrhaftig nur ein politischer dummer August fertig.

Aber ergötzen wir uns weiter über August in der „Pulsett“:

Zwischen Marx und Ebert bestehen, wie aus unserer ersten Meldung hervorgeht, keine Meinungsverschiedenheiten über die Erweiterung der Reichsregierung. Marx und Ebert handeln vielmehr im vollen Einvernehmen.

Vor wenigen Tagen haben die Sozialdemokraten erklärt, daß sie grundsätzlich bereit seien, mit den Deutschenationalen zusammen in die Regierung zu gehen.

Es kann daher absolut nicht verblüffen, daß der höchste Funktionär der Sozialdemokratie, der Reichspräsident Ebert offen für die Aufnahme der Hertg und Schiele in die Reichsregierung arbeitet.

Die Opposition der Sozialdemokratie ist ein eulendes Scheinmanöver, welches zur Beruhigung der Massen dient.

Und nun ist diese „sozialdemokratische Scheinopposition“ auf die Spitze getrieben worden, nicht wahr, dummer August? Der „höchste Funktionär der Sozialdemokratie“ hat Hertg und Schiele nicht in die Regierung einbezogen, sondern den Reichstag aufgelöst. Dieser Ebert, dieser hinterhältige „Opportunist“, hat aber auch gar keinen Sinn für kommunistischen Humor und kein Herz im Leibe für den Moskauer Jammer nach dem riesigen Reinfall.

Aber vielleicht läßt sich aus der Reichstagsauflösung doch noch ein sozialdemokratischer „Verrat“ zusammenbrauen. Bei Gott und einem dummen August dieses Kalibers ist kein Ding unmöglich. Und die Zuschauer freuen sich schon heute über die künftigen Purzelbäume! —

Kleines Feuilleton.

Nachlese im Kaiser-Friedrich-Museum.

Von den drei großen „Deutschrömern“, Feuerbach, Böcklin und Marées, die der Museumverein ausgestellt hat, war Arnold Böcklin am interessantesten angekommen. Man sah ein paar Handzeichnungen, die fast alle seiner Frühzeit entstammen, vornehmlich Landschaftsbilder und Kompositionen; von dem eigentlichen Böcklin berichtet das nicht viel, eher von dem Schüler Schirmer und der Düsselthaler Akademie. Von dem heroischen Stille jener alten Schule, in dem der Klassizismus nach nachfolgt, hatte das junge Böcklin gleichzeitig aber maleurische Auffassung. Charakteristisch für ihn ist, daß er nur ganz wenige Zeichnungen hinterlassen hat; die Farben haben ihn von allem Anfang an gelockt.

Als dem Stimmungsgehalt der Landschaft entwickelt er schon frühzeitig das figurliche. Eine „Wilde Landschaft“, die heute in der Nationalgalerie in Paris hängt, sollte ursprünglich nach dem Reberfall eines Mannes auf eine Komposition darstellen. Aber der Künstler entwickelte sich über den ursprünglichen Gegenstand, obwohl dieser nur in winzigen Figuren, zur Staffage, angebracht war, und schloß den Künstler, einen Kontexten daraus zu machen, der sich in durchaus platonischer Weise mit der unheimlichen jungen Dame unerbittlich. Die ursprüngliche anspitzige Fassung enthält eine jähig gelobte Staffagezeichnung, auf der der Knabe das sich schwebende Mädchen ins Gebirg gerät. Der Entwurf stammt aus den fünfziger Jahren. Damals ging es allerdings so hochaufschlagig zu, daß die ganze Kunst nur für Völkerverständigung und Romanzenbücher da zu sein schien. Das der Schöpfer im Leben nicht bildet, dürfte auch nicht auf der Malerleinwand vor sich gehen.

Das Bildnis ist dann immer bedeutender geworden für Böcklin, bis es über die reine Naturdarstellung hinauswuchs und sich zum „Wanderer“ erhob. Die Gefahr, der er sich aussetzte, war, daß das Stimmungsgefühl sich allzu leicht verflüchtete und die Landschaft oder das Meer in der Hand nicht mehr nach ausschlüge wurden, sondern jenseitig: gehen durch die Brille des malerischen Empfindens. Man machte es dem Maler nicht allzu leicht, sich in der Kunst zurückzuführen. Zudem man trübte auf einer Höhe des Kunstgenusses zu stehen. Das Bild hängt in unserem Museum, wobei man das unendlich große und gewaltige Meer für den

Alltagsgeschmack mündigrecht; aber man verblühte und verniedlichte und verpischierte die Natur. Und die Toteninsel: wenn ihr nicht merkt, daß die jüdischen Malerhöler, die schwarzgrünen, in sich geschlossenen Rindern etwas abgrundtiefer Melancholisches haben, dann stellen wir sie auf eine Felseninsel im Meer, mitten in die Unendlichkeit; und wenn das noch nicht genügt, bauen wir Rindern für Rindern in den unwirklichen Felsen und lassen eine schwarzberthelerte Frau mit einer Urne auf diese Insel zu fahren. Allmählich wird es auch der Operetten- und Singsangzeit merken, daß der Maler etwas Trauriges ausdrücken wollte mit seiner „Toteninsel“. Zu allem Ueberflus komponierten geschickte Gesichtsente noch einen Rahmen darum herum, der die Motive des Bildes fortsetzte, und das Konfirmationsgeschehen für die höhere Lechter oder das Hochzeitsgeschehen für Freuden überhäufte war fertig. Die teutischen Schmelzeiter, die den Arnold Böcklin bis fast an sein Lebensende haben hungern lassen, haben sich dann ganz plötzllich gewaltig für ihn erhitzt und ihn als patriotischen Doppeldeutigen ausgehört. So hat also der Vermite, dem zu seinen Lebzeiten kein Friede vergönnt war, noch nicht einmal im Grabe Ruhe. Das einzige Tröstliche ist, daß Böcklins ungeratener Sohn Carlo die Malerei des Vaters fabrikmäßig kopiert und dessen wonnegauernde Verehrer damit gründlich herein-gelagt hat.

Wenn man Böcklins Entwurfs betrachtet, so muß man ihn um seines Schicksals willen bedauern. Es steht doch wirklich können in diesem Weistum und Federzeichnungen. Die Studie zur Flora im Kaiser-Museum ist, obwohl die Reihe recht hölzern geraten ist, doch im Rumpel sehr charakteristisch. Die Ehe ist übrigens für ihn künstlerisches Risiko mit verantwortlich zu machen, denn Madame bildete nicht, daß der Gatte sich Modelle suchte, sie selbst aber konnte künstlerischen Ansprüchen nicht recht genügen. Maler Arnold hat über die Unmöglichkeit, eine schöne Frau nach zu sehen, mit beweislichen Worten gesagt: wenn nicht zwischen einem ein Feuer in der Nacht ausbräche, bestimme man einen Bergkletterer überhaupt nie vor Augen. Und so etwas lebte im Jahrzehntelange in Italien wie ein Fährtenberg gestellt neben einem Carl liegt. Eine Federzeichnung hält Francesca von Rimini fest, die in Dante's Halle mit ihrem Liebhaber Paolo Malatesta verweilt: Von Böcklins unipige Proportionen sind unversenkbar. Die Größe an sich ist gut, warum mußte sich das immer so verhalten, bis es als Bild fertig war! Zwei Sepiazeichnungen des Geis von Spezia mit leicht angelegter Staffage: Krieger, die einen Hüchling verfolgen, sind sogar vorzüglich. Da die kammliche Seite und Vortrefflich, genau wie auf der rechten Seite der „Jagd der Diana“ — die heute leider an verstaubt

Auch der „Lückende Eremit“, eine Federzeichnung, leidet an allzu großer Ausführlichkeit: an dem Feisen dürfte kein Fiedchen leer bleiben. Die menschliche Figur verschwindet fast daneben. Von hier führen Räden hinüber zu dem noch viel nüchterneren Nachahmer, den man fast noch glühender als „urdeutsch“ abschimpft: zu Max Slinger aus Leipzig.

Welche Wohlthat, wenn man sich aus diesen teutonischen in die europäischen Gefilde flüchten kann! Feuerbach ist in seinen Landschaften Europäer gewesen, denn sie besitzen eine Größe, vor der Böcklin zusammenzuckert. Und Hans von Marées ist figurlicher, das sich nicht mehr mit dem Landschaftlichen um den Vorrang zu zanken braucht, sondern mit einer überwältigenden Selbstverständlichkeit vor uns hintritt. Nießche hat von einem Geheimnis geträumt, das er sich aber nur durch Gewalttätigkeit, durch die Unterdrückung alles Schwachen und Kleinen erkaufen konnte. Bei Böcklin, bei Klingler dieselben kampflichen Anstrengungen um zu diesem Geheimnis zu gelangen. Hans von Marées war eine in sich gefestigte Persönlichkeit, als alle wollte und wadete in der bürgerlichen Gesellschaft. Er stellte sich von allem Anfang an abseits. Er hatte keinen Kram und keinen Kampf nötig, denn er trug sein Kunstideal rund und rein in seinem Innern. Er litt und kämpfte darum, denn es war ganz und gar unbürgerlich, unzeitgemäß. Es wies in die Zukunft voraus, in eine Zeit, die wieder Ehrfurcht kennen wird, religiöses Hochgefühl. Darum ist er viel mehr als nur deutsch.

Man staunt immer aus neue, wenn man die Sammlung seiner Handzeichnungen durchwandert, über den Reichtum seiner Gesichte. Für die Schamhaften und die Nationalen ist das allerdings nichts. Nun ist ein Werk neu hinzugekommen, das alles trönt, was man von ihm sonst bewundert hat, ein Karton zu dem Triptychon „Die Hejperiden“. Die Welt der Seligen stellen sich die Griechen unter diesen Gärten vor, von deren Bäumen man die goldenen Äpfel ewiger Jugend pflückt. Dem Kultus des Weibes ist der Mittelteil gewidmet, der drei Frauengefallen enthält, die schärferen Seitenflügel zeigen Alter und Kindheit: einen sitzenden Greis, von Kindern umspielt, und die Männlichkeit durch zwei kraftvoll-jugendliche Gestalten wiedergegeben, von denen der eine Früchte pflückt, der andre sich nach einer am Boden liegenden blickt. Die Körper sind mit Kreide angelegt und mit Stiften hermodelliert, und man versteht bei ihrem Anblick, daß die Plastik mit seinem Schüler Adolf Hildebrand von Marées einen ganz neuen Auftrieb empfing. Wer diesen Karton, der als der letzte von Marées noch im Kunsthandel zu erwerben ist, den kann man von Herzen beglückwünschen.

Der aufgelöste Reichstag.

Der Reichstag, der am 4. Mai gewählt wurde, hat nur eine Lebensdauer von 169 Tagen gehabt. Die wenigen Sitzungen, die er abgehalten hat, haben seine Arbeitsunfähigkeit erwiesen. Zu fruchtbarer und geschehberischer Arbeit ist er nicht gekommen. Seine Zusammensetzung spiegelte die geistige Verkümmung der Inflationszeit wieder. Die Wahlen am 4. Mai hatten folgendes Ergebnis:

Mandate	Stimmen
Nationalsozialisten	82
Deutschnationale	337 843
Deutschnationale	106
Wirtschaftspartei	15
Volkspartei	44
Bayerische Volkspartei	16
Zentrum	85
Demokraten	28
Sozialdemokraten	100
Kommunisten	62

Die größere Mandatsziffer der Deutschnationalen gegenüber den Sozialdemokraten erklärt sich aus der späteren Einnahme reaktionärer Splitter in die deutschnationale Fraktion.

Neben diesen Parteien trat eine große Anzahl von Splitterparteien auf — ein Zeichen politischer Disziplinlosigkeit und Verwirrung, die nur durch Nachwirkung der Inflation zu erklären war.

Bei dieser Wahl darf es keine Zersplitterung, keine Disziplinlosigkeit mehr geben. Nicht um kleine Sonderinteressen, sondern um große Entscheidungen geht es!

Wohnung und Siedlung.

Der Preussische Landtag trat gestern, Montag, in die dritte Beratung des von den Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum eingebrachten Gesetzentwurfs zur Änderung der Personalabgabenverordnung ein.

In der allgemeinen Beratung erklärte sich Abg. Gherz nach (Dnat.) wiederum gegen den Gesetzentwurf, der nur den Abbau von Wahlbeamten verhindern sollte.

Abg. Leid (Soz.) widerspricht dieser tendenziösen Auffassung.

Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.) bringt folgenden in zweiter Lesung abgelesenen Antrag wieder ein: „Im Falle des Abbaus von kommunalen Wahlbeamten kann der Ausschuss, falls der ordnungsmäßige Gang der Verwaltung durch einen Abbaubeschluss gefährdet erscheint, auf Antrag der Ausschussbehörde durch eine einstimmige Verfügung feststellen, daß dem Einspruch aufschiebende Wirkung beigelegt wird.“

Abg. Kiliau (Domm.) lehnt den Gesetzentwurf ab. Wenn der Willkür beim Abbau vorgebeugt werden solle, so müsse das allgemein erfolgen, und man dürfe nicht vor dem Kommunika-

Abg. Grzejinski (Soz.): Mit dieser ablehnenden Haltung stehen die Kommunisten sich selbst im Wege.

Ein Regierungsvertreter spricht sich gegen die rückwirkende Kraft aus, die dem Gesetz beigelegt werden soll.

Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.): Wenn die rückwirkende Kraft vom Uebel ist, so muß nicht nur der Termin vom 8. Februar, sondern auch der vom 1. September abgelehnt werden.

An der namentlichen Abstimmung über diesen Antrag beteiligten sich nur 151 Mitglieder. Das Haus ist beschlußunfähig. Die Beschlußunfähigkeit kam dadurch zustande, daß die meisten Abgeordneten der Deutschnationalen und ein großer Teil der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei den Saal verließen und sich nicht an der Abstimmung beteiligten. Das Haus ist damit bereits zum dritten Male in der Frage der Personalabgabenverordnung beschlußunfähig geworden.

In einer sofort anschließenden zweiten Sitzung wird der Haushalt des Volkswohlfahrtministeriums weiterberaten und zwar beim Wohnungs- und Siedlungswesen.

Abg. Meyer (Solingen, Soz.): Es ist eine bewußte Zurückführung der Bevölkerung, wenn behauptet wird, daß nur die freie Wirtschaft die Bautätigkeit beleben könne. Das ist unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gar nicht möglich; die Mieten in Städten, die ohne Baugewerbe errichtet werden, würden das Fünffache der Vorkriegszeit betragen. Wer glaubt, daß Arbeiter und kleine Leute eine solche Last tragen können? Wenn die Mietpreise so gesteigert werden sollen, müßten die Löhne entsprechend steigen. Aber die Industrie lehnt ja schon heute jede Lohnerhöhung ab. In der Inflationsperiode müßten die Häuser und die Wohnungen verfallen und verwaisten. Die Mieten müßten so bemessen sein, daß die Wohnungen instand gehalten werden können. Mit dem, was das Ministerium in dieser Richtung den Hausbesitzern zugestanden hat: 64 Prozent, ist für den Besitzer bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung schon ein Uebermaß möglich. Ich habe an über tausend Wohnungen die Probe darauf gemacht. Ueber diese Grenze darf nicht hinausgegangen werden. Was an Hauszinssteuer mehr erhoben wird, muß für allgemeine Zwecke Verwendung finden. Zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und des Mieterschicksals ist die Zeit noch lange nicht gekommen. Ohne öffentliche Hilfe ist ein Wohnungsbau nicht möglich. Der jährliche Wohnungszugang war schon vor dem Kriege rund 120 000, heute werden nur 50 000 Wohnungen jährlich neu

erstellt, wir haben also fortwährend mit großer Wohnungsnot zu tun. Die Kuhnischer der Hauszinssteuerhypotheken sind leider, namentlich in Berlin, nicht die Arbeiter und Angestellten, sondern andre, die es nicht nötig haben. Hier muß Wandel geschaffen werden. Wir brauchen nach englischem Muster ein großzügiges Wohnungsbauprogramm. Mit der dritten Steuernotverordnung hat das Reich ja auf eine selbständige Wohnungspolitik verzichtet. Jetzt ist also Preußen an der Reihe, ein solches Programm auf lange Sicht zu entwerfen.

Abg. Dr. Grundmann (Dt. Vp.) betont die Gegnerschaft seiner Partei gegen jede Zwangswirtschaft. Natürlich könne man die Wohnungszwangswirtschaft nicht mit einem Schlag aufheben. Die Mieter müßten dafür geschützt werden, daß sie kein Dach mehr über dem Kopfe haben. Freilich seien sie in den letzten Jahren unerhört verkehrt worden. (Widerspruch links.)

Abg. Kiliau (Domm.): Das zwispaltige System der preussischen Bekämpfung des Wohnungselends hat hanfrott gemacht, wie alles hanfrott gemacht hat (Zurufe rechts) — alles, außer den Kommunisten! (Lachen rechts.) In den Großstädten, wo das Wohnungselend am größten ist, werden relativ am wenigsten Wohnungen gebaut. Haben die Hausarbeiter erst die Freiheit der Mietsteigerung, dann wird der Ermittlungen kein Ende sein.

Abg. Dominicus (Dem.): Bei der Rechnung des Ministers bleibt pro Jahr ein Fehlbetrag von 50 000 Wohnungen übrig, der sich naturgemäß von Jahr zu Jahr noch vergrößern muß. Abhelfen kann bis zu einem gewissen Grade die Vermehrung der öffentlichen Mittel; aber wie ist weiter zu helfen? Die sachkundigen Darlegungen des Kollegen Meyer werden ja wohl auch weiter eine objektive Würdigung des großen Problems ermöglichen. Ein sofortiger Uebergang von der Zwangs- zur freien Wirtschaft ist ganz und gar unmöglich. Sollte es aber nicht ausführbar sein, die ausschließlich zu Geschäftszwecken benutzten Räume freizustellen? Bei dem jetzigen Bauwirtschaftssystem mit Hilfe der Hauszinssteuer hat man, zumal in Berlin, Mißbräuche festgestellt können, indem die neu erstellten

Radiodienst der Volksstimme.

Die Hoffnung des linken Frankreichs.

ng Paris, 21. Oktober. In der gesamten linksstehenden Presse Frankreichs kommt die Verurteilung über die Auflösung des Reichstags rückfälliger zum Ausdruck. So schreibt „Quotidien“, man könne Deutschland zu dieser Lösung der Krise nur übergelassen wünschen und es sei zu hoffen, daß durch den Ausgang der Wahl die Gefahr, die der Eintritt der nationalsozialistischen Revanchepolitiker in die Regierung heraufbeschworen haben würde, endgültig gebannt werde. Die Zusammensetzung des aufgelösten Reichstags sei ausschließlich das Werk des nationalen Blokes und Poincarés gewesen. Wenn aus der Neuwahl die Parteien der Linken siegreich hervorgehen, dann werde der nächste Reichstag ein Faktor des Friedens und der Völkerverständigung sein.

„Deuvre“ schreibt, wenn irgend etwas dazu angetan gewesen sei, in der Welt das Vertrauen zu Deutschland wieder herzustellen, so sei es die Ratifizierung der Londoner Abmachungen gewesen, und dieses Vertrauen könne durch einen neuen Reichstag, der wirklich loyal die Erfüllung dieser Abmachungen anstrebe, noch bedeutend gestärkt werden. Was Frankreich anstrebe, sei, daß in Deutschland und in England die Idee des sozialen Fortschritts und des Friedens triumphiere. Das Beispiel, das Frankreich am 11. Mai gegeben habe, werde nicht vergeblich gewesen sein, wenn die Politik des anten Willens, die Ferriat eingeleitet habe, in ganz Europa ein Echo finden werde.

Selbst der „Matin“ ist der Auffassung, daß der Erfolg der Reichstagsparteien am 4. Mai ausschließlich dem Umstande zu verdanken gewesen sei, daß man mit einem Siege des nationalen Blokes in Frankreich gerechnet habe. Nachdem nunmehr die radikalen Sozialisten die Regierung übernommen hätten und der Dawesplan in Kraft getreten, sei eine allgemeine Politik der Revanche in Deutschland unmöglich geworden.

Glänzender Sieg der Marxisten.

sp Berlin, 21. Oktober. Zu den Neuwahlen schreibt die „Germania“, das Organ des Reichstagschlers Marx:

Die Sicherung des bisherigen Kurses der deutschen Politik wird das Ziel der bevorstehenden Wahlen sein müssen. Selbst die Deutschnationalen haben durch ihre Zustimmung am 29. August ein Bekenntnis für die Nichtigkeit dieser Politik gegeben. Es wird alles daran gesetzt werden müssen, um einen Reichstag zu schaffen, der eine sichere Mehrheit für diese Politik besitzt.

Die „Deutsche Zeitung“, das Organ des billfischen Flügels der Deutschnationalen, beginnt ihren Leitartikel wie folgt:

Der Handel ist zu Ende. Er hat einen glänzenden Sieg der vereinigten Marxisten gebracht und eine

Wohnungen zu übermäßigen Mietpreisen an reiche Leute, auch sehr häufig an Ausländer, vermietet werden.

Minister Hirtfelder: Die Zahl der Bauhandwerker hat sich in jüngster Zeit gehoben; sie reicht im ganzen für das jetzige Bedürfnis aus. Es hat allerdings eine starke Abwanderung stattgefunden, und steigt im nächsten Jahre die Bauaktivität, so dürfte diese Frage eine brennende werden. Eine Bestimmung über die Verwendung der einzelnen Räume erscheint mir eher als eine Ausdehnung der Zwangswirtschaft, denn als ein Abbau. Von den Kommunen werde ich ganz ungemein beunruhigt, die in den Richtlinien zugelassenen Sätze noch wesentlich zu erhöhen. Die Gewährung von Hauszinssteuerkrediten an Ausländer ist nach den Richtlinien nicht zulässig. Die Ausführung der Vorschriften für die linderreichen Familien ist in der jetzigen Zeit nicht möglich. Wir glauben, daß die Zurberfügungstellung von 2 Prozent der Hauszinssteuer an die Kommunen zur Unterstützung linderreicher Familien und zum Ausgleich von Gärten ausreichend sein wird.

Für Steuererleichterungen bei Neubauten sind wir stets eingetreten. Wir wollen wieder zu einer freien Wirtschaft kommen, und aber der Meinung, daß die bisherige Regelung das wirtschaftlich erträgliche Maß bedeutet. Warten Sie einmal ab, welchen Erfolg die Zurberfügungstellung der Hauszinssteuer für die Neubautätigkeit haben wird. Ein hervorragendes Mitglied der Deutschen Volkspartei hat mich dringend gebeten, von einer weiteren Erhöhung der Mieten abzuzusehen.

Notizen.

Räumung Dortmunds. Die militärischen Räumungsarbeiten sind zum allergrößten Teil durchgeführt. In französischen Händen befinden sich nur noch einige Gebäude. Die Kleinwohnungen, die von den Familien der französischen Offiziere und Soldaten belegt wurden, sind fast sämtlich geräumt. Die verbliebenen 2500 Mann starke Besatzung zum Teil nach Frankreich, zum anderen Teil in das Rheinland befördert werden. In der Nacht zum Montag um zwölf Uhr ist die Uebergabe der in der Dortmund Zone von der französischen Regie verwalteten deutschen Eisenbahnlinien an die deutschen Behörden erfolgt. Die deutsche Eisenbahndirektion, die seinerzeit von Essen nach Hamm verlegt wurde, wird am Montag nach Dortmund kommen. Drei sind nach der Uebergabe folgende Strecken: Dortmund, Linen, Horde, Ablbeck, Soest, Hamm, Schwerte und Dortmund-Süd. Die Regie-Eisenbahnen französischer Nationalität sind schon abtransportiert und werden in Mainz untergebracht. In Mannheim räumen die Franzosen am Dienstag Schloß und Hafen.

Wie mit Arbeitern umgehungen wird. In Sonderhausen sind drei unbekannteste Parteigenossen unter dem Verdacht des Meineids verhaftet worden. Der frühere Beigeordnete Stegmann stand unter der Beschuldigung, in öffentlicher Versammlung zum Volksdiebstahl aufgefordert zu haben, vor Gericht. Dabei beschworen einige bürgerliche Besucher jener Versammlung die sich jedoch an der Schenke aufgehalten hatten und schon deshalb die Ausführungen des Redners nicht ganz verfolgen konnten, Stegmann habe damals an die Versammlungsteilnehmer die Aufforderung gerichtet, sich Holz zu holen. Die drei jetzt verhafteten Genossen, darunter der Leiter jener Versammlung, beschworen das Gegenteil. Der Vorsitzende beschuldigte sie deshalb kurzerhand des Meineids. Sie wurden deshalb sofort in Haft genommen. Die Aufregung über diese Maßnahme ist groß. Die Familien der Verhafteten befinden sich in großer Not.

Wahlerfolg des Linkenblocks. Eine am Sonntag in dem Pariser Stadtviertel Porte St. Martin abgehaltene Erntewahl zum Stadtrat hat dem Kartell der Linken einen neuen starken Erfolg gebracht. Die drei dem Kartell angehörenden Kandidaten haben 2330 Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht gegen 1700, die dem Nationalen Block zugefallen sind. Während am 11. Mai die nationalistische Liste etwa 3000 Stimmen aufzuweisen hatte, sind die Stimmen der Kommunisten um stark zurückgegangen. Von 1350 Stimmen am 11. Mai sind nur noch 588 geblieben. Für die am nächsten Sonntag stattfindende Stichwahl gilt die Wahl des sozialistischen Kandidaten für gesichert.

Depeschen.

Am 7. Dezember Wahltag.

Ab. Berlin, 21. Oktober. Amtlich. Der Reichspräsident hat die Wahl des neuen Reichstags auf den 7. Dezember anberaumt.

völlige Niederlage der sogenannten staatsbürgerlichen Parteien... Die Kommunisten haben durch ihr ebenso schwächliches wie fruchtloses Dapponieren die Gunst der breiten Massen des Proletariats gänzlich verfehlt. So gefährlich sie als die Träger der Idee der internationalen Weltrevolution sein mögen, so ungeschicklich sind sie im Wettbewerb der Parteien.

Die kommunistische „Rote Fahne“ sagt in ihrer grenzenlosen Verblüffung:

In allen wesentlichen Punkten war und ist die Einigkeit da von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten haben sich bereit erklärt, mit den Deutschnationalen zusammen in eine Regierung zu gehen. Die Deutschnationalen erklärten sich bereit, mit den Sozialdemokraten zusammen ein Kabinett zu bilden.

Die Arbeiter sind zu behauern, denen man über die innerpolitischen Vorgänge der letzten drei Wochen solchen Unfug vor-schwätzen kann.

Parole: Republik!

ng Paris, 21. Oktober. In einer vom „Quotidien“ veröffentlichten Auslassung sagt der augenblicklich in Paris weilende sozialdemokratische Abgeordnete Dreißigfeld, die Lösung, die die Krise nunmehr gefunden habe, sei neben der kategorischen Weigerung der Sozialdemokratie, mit den Feinden der Republik zusammen zu arbeiten, vor allem der Haltung der Demokraten und des linken Flügels des Zentrums unter Führung des Abg. Wirth zu danken. Die Sozialdemokraten werden in den Wahlkampf mit der Parole ziehen: Für die Durchführung des Dawesplans, Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Weltkreditvertrag, Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, für die Demokratie, den Sozialismus und vor allem für die Republik.

Billige Arbeiterwohnungen auch in Frankreich.

ng Paris, 21. Oktober. In einer Besprechung, die Ferriat am Montag mit den zuständigen Ministerien hatte, wurde die Aufstellung eines Programms zur Errichtung billiger Arbeiterwohnungen beschlossen. Dieses Programm soll in nächster Zeit der Zustimmung des Parlaments unterbreitet werden.

England zieht seine Flotte zusammen.

ng Paris, 21. 10. Nach Meldungen, die aus Malta vorliegen, soll die gesamte englische Mittelmeerflotte, die sich aus acht Ueberdeckschiffen, elf Kreuzern und 108 Zerstörern zusammensetzt, dort vereint sein. Auch ein Teil der atlantischen Flotte ist nach Malta abgeordnet. (Der Grund ist der Streitfall mit der Türkei wegen Mosul. Am 27. Oktober wird darüber der Völkerbundrat beraten. England dirigiert seine Flotte nur für „eventuelle“ Fälle. Red.)

Der Preussische Landtag wird aufgelöst.

Ab. Berlin, 21. Oktober. Der Versteherat des Preussischen Landtags trat heute vormittag um 10 Uhr zusammen, um sich mit der durch die Reichstagsauflösung geschaffenen Lage zu beschäftigen. Der Landtag soll gleichfalls aufgehoben werden, jedoch bis einen Tag vor der Wahl im Amt bleiben. Für die Neuwahl, die mit der Reichstagswahl zusammenfallen soll, kommt voraussichtlich der 30. November oder einer der beiden folgenden Sonntage in Frage. Man will den Haushaltplan noch verabschieden; wenn es nicht anders möglich ist, durch ein Notgesetz. Um 1 Uhr wird der Versteherat erneut zusammentreten, um darüber zu beraten, ob mit der Neuwahl des Landtages auch gleichzeitig die Provinziallandtage und die Kreistage neu gewählt werden sollen. Die Plenarsitzung ist auf 3 Uhr nachmittags angesetzt.

Abzug französischer Truppen.

Ab. Paris, 21. Oktober. Wie gestern Abend angekündigt, erfolgte heute früh 7 Uhr der Abzug der im bisherigen Rheinbezirk stationierten französischen Truppen mit Ausnahme eines kleinen Kommandos von 15 Mann, das für die interalliierte Schiffahrtkontrolle zurückbleibt. Der Abzug erfolgte ohne Zwischenfall und ohne viel Aufsehen zu erregen über den Rhein nach der Pfalz.

Luftverkehr über den Ozean.

Ab. Paris, 21. Oktober. Nach einer Madrider Meldung des „Journal“ wird das amtliche Organ demnächst ein Dekret veröffentlichen, durch das die notwendigen Kredite bewilligt werden, um eine Luftlinie zwischen Sevilla und Buenos Aires herzustellen. Man spreche davon, daß für diesen Dienst eine neue Gesellschaft gebildet werden soll, die den Namen Kolombus tragen und daß ein Zepplin-Flug dem 3. 8. ähnlich, unternommen werden soll.

Die norwegischen Wahlen.

Ab. Christiania, 21. Oktober. Die Wahlen zum Storting wurden gestern vorgenommen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 70 bis 80 Prozent. Bis heute vormittag 8 Uhr waren folgende Ergebnisse bekannt: Rechts, freiwilige Liste 60 796, Bauernpartei 63 795, Sozialdemokraten 15 507, Arbeiterpartei 4 023, Kommunisten 12 256, Radikale Volkspartei 9 149 Stimmen. Eine ganze Reihe von Ergebnissen sind noch aus. (In der letzten Sonntagsummer berichteten wir, daß die Arbeiter in drei Gruppen zerlegt im Wahlkampf stehen. Vorläufig ist uns zu sehen, daß die Kommunisten starke Entwürfe erlitten. Red. d. B.)

Italienische Pressestimmen.

Ab. Rom, 21. Oktober. „Repubblica“ widmet der Reichstagsauflösung eine ganze Spalte und schildert die Unmöglichkeit, unter den heutigen Umständen eine Reichsregierung zu bilden, so daß die Winderheiten und die Mittelpartei die Regierung übernehmen müßten, und hält es für wahrscheinlich, daß die Mittelpartei, durch Neuwahlen gestärkt, am Ruder bleiben. Der Reichstag war und sei aufzufassen eine Wirtung der Inflation und der Ruhrbesetzung gewesen. „Quovo Paece“ beschuldigt die Deutsche Volkspartei, durch Verdingungen mit der Rechte eine außerparlamentarische Krise hervorgerufen zu haben. Die Reichstagsauflösung sei notwendig geworden, weil sonst die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen zusammen die Regierung gestürzt hätten.

Die Meinung Englands.

Ab. London, 21. Oktober. Die Auflösung des deutschen Reichstags wird in der Presse viel besprochen. Der Berliner Bericht der „Daily Telegraph“ schreibt: Der neue Reichstag werde sich ein lebensfähigeres Bild sein. Der Berliner Bericht der „Daily News“ sagt: Bei den kommenden Wahlen werde Deutschland entscheiden müssen, ob die Republik ein lebensfähiger Staat sei. Der Bericht der „Times“ betont, daß das Kabinett Marx eine erfolgreiche Regierung gewesen sei, unter der eine vollständige Reform der Finanzen vom Reichsfinanzminister Luther durchgeführt und das Reparationsproblem durch die Annahme des Dawesplans der Lösung beträchtlich nähergerückt worden sei. Obwohl im März gewählt, ist der Reichstag nicht mehr zeitgemäß, denn Deutschland habe bei den letzten Wahlen eben erst eine Inflationsperiode hinter sich gehabt. Die letzten Wahlen seien unter Bedingungen durchgeführt worden, die immer noch andermal gewesen seien. Sie hätten ein Parlament mit einem anomalen, kaum arbeitssfähigen Parteiverhältnis hervorgerufen. Die letzten Wahlen hätten in dem Augenblick stattgefunden, wo die Erinnerung an die Inflationsperiode noch frisch gewesen, wo das Wahrgeld besetzt und der Sieges Dawesplans noch keineswegs gesichert gewesen sei.

Stadttheater

Mittwoch den 22. Oktober
2. Anrechtsabend
Der Liebestrank
Romische Oper in 2 Aufzügen von
G. Donizetti.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 1/4 Uhr

Donnerstag den 23. Oktober
3. Anrechtsabend

Gastspiel des Kammerjägers Heinrich Knote

Die Walküre
Handlung von R. Wagner in 3 Akten.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr.
Anfang 6 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Voranzeige!

Sonntag den 25. Oktober
5. Anrechtsabend

Erstaufführung Anarchie in Gillian

Schauspiel von Arnold Bennen.

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellungen
Sonabend den 25. Oktober.
Sonntag den 26. Oktober

Kolportage

Komödie in 1 Vorspiel und 3 Akten
von Georg Kaiser.
Kasseneröffnung 6 Uhr.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.

Mittwoch den 22. Oktober

Vorstellung für die Volkshöhle
(5. Abend)

Medea

Tragödie von Franz Grillparzer.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr

Achtung! Achtung!

Bei dem derzeit herrschenden Strell
kann eine Garantie für Innehaltung
der angegebenen Spieltermine nicht
geleistet werden. Die Beendigung des
Streits wird schnellstens durch die
Eingeklagten beantragt. Aus-
gefallene Anrechtssachen werden spä-
ter nachgeholt.

ZENTRAL

Täglich 7 1/2 Uhr
Freitag den 24. Oktober



Aufführung!

Der sensationelle Erfolg der neu
erschienenen Wimper-Spielzeit:

M'ADI

Operette in 3 Akten von Alfred Grünwald
und Leo Stein. Musik von Robert Stolz.
Sonntags 2 Vorstellungen
3 1/2 Uhr (kleine Preise) und 7 1/2 Uhr.
Siebenstündiger Kartensocherl. a. d. Theater-
kasse u. den bekannten Vorverkaufsstellen

Liebe Pensions- und Mitschwestern,

Ihr seid mir doch gewiß sehr böse und werdet mich als ein ungezogenes junges Dämchen schelten, daß ich mich schon seit Wochen in tiefstem Stillschweigen gehüllt habe.

Trotz gegebener Tatsachen glaube ich aber mich nicht besonders entschuldigen zu brauchen, denn — nun aufgepaßt — ich bin verheiratet, und zwar äußerst glücklich mit ihm. Hans heißt er, ist ein Mustermensch von labelhafter Figur. Im Tennis und Hockey sucht er seinen Meister, überhaupt jeder Sport interessiert ihn wahnsinnig, und damit sei seine Lebensaufgabe, so meint er, restlos gelöst. Hans vergöttert mich; ich kann mir nicht denken, daß seine Liebe jemals erkalten könnte, denn wie oben bereits erwähnt, sind wir schon über 8 Wochen verheiratet.

Und wie kam das, werdet Ihr Euch beim Lesen dieser Zeilen fragen? Durch Radio-Funk-Film, der neuesten Erfindung, welcher, wie ich gehört habe, schon am kommenden Donnerstag in den Walhalla-Lichtspielen Magdeburg gezeigt werden soll, sind wir bekanntgeworden und hat ein gewitzter Filmregisseur als guter Freund meines Mannes einen ganz wundervollen Großfilm, „Die Radioheirat“, kurbeln lassen, jedenfalls ein glänzender Tip für alle, die kurz und schmerzlos unter die Haube gebracht werden wollen. Uebrigens hat der Film durch erstklassige Rollenbesetzung wie von Winterstein, Migo Bard, Hermann Thimig, Albert Paulig, Paul Bienseldt, Hans Waßmann einen ganz besonderen Reiz erhalten. Auch kommt der Griffith-Film der Ula, „Eine Blüte gebrochen“, mit Lilian Gish zur Vorführung.

Ich möchte Euch noch vieles, vieles schreiben — es läutet, mein Hans erscheint, wir ländeln, kosen und küssen. —

Hoffend, von Euch bald zu hören, ebenfalls durch Radio-Funk-Film den Langersehnten ergattert zu haben, verbleibe ich mit den besten Grüßen

Eure Maud.

Verband deutscher Sozialrentner

Sitz Magdeburg
Geschäftsstelle: Fritz Zapper,
Albrechtstr. 8, Eing. Standenburger Str.

Einladung zum

2. Wohltätigkeits-Konzert

am Mittwoch den 22. Oktober 1924
im Apollo-Festsaal, Wallstraße.

ausgeführt vom
Neuen Philharmonischen Orchester
Leitung: Herr Kapellm. Fritz Zapper
Geschäftsführ.: E. Kniep, Werftstr. 19. II.

Unter gütiger Mitwirkung des
Werder-Männer-Gesangsvereins.
Dirigent Herr Lehrer Sobe.
Herr G. Glend, Bariton.

Programm-Preis: 60 Pfg.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Beginn 8 Uhr.
Der Reinertrag dient zu einer Weihnachtsgeschenke-
beschaffung der bedürftigen Sozialrentner des
Verbandes deutscher Sozialrentner, Sitz
Magdeburg.

Achtung! Pantoffelmacher

Sämtliche
Materialien
und Zutaten, als:
Oberstoffe
Futterstoffe
Einfachband
Schleier
Seidband
Liebestoffe usw.
erhalten Sie billigst bei

Fritz Singer,

Hilfsstr. (Ecke),
Str. Roosenstr. 88/90.
Telefon 4837.

Billiges Brennholz

(Pantinenabfall)
liefert wieder wie vor
der Kriegszeit, von
3 Ead an frei Keller

Wilhelm Rohmann,
Halberstädter Str. 20
Telefon 7116.

Alter Fritz

Berliner Str. 9
Telephon 2158 Telephon 2158

Das gute bürgerl. Lokal
Reichhaltige Spisekarte
— in ziviler Preislage. —

Neuerbauter Saal

ca. 200 Personen fassend
Vereinszimmer in allen Größen!



ICH HAB'S
Urbin
UND NUR
Urbin
DEN GUTEN
SCHUHPUTZ
KAUFE IHN

ÜBERALL ERHÄLTlich

Hersteller: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Vertreter: Kurt Schwerdtfeger, Magdeburg
Wilhelm-Kobelt-Straße 4.

Circus Straßburger

Zum 1. November
möbl. Zimmer für
uns. 300köpfiges
Personal gesucht.

Schriftl. Angebote
an Circus Straß-
burger, Bremen,
e. beten. 2337

Altstädter Bürgersäle

früher Richardts Festsäle
Fernspr. 6774 Apfelstraße 9

Säle, bis 500 Personen fassend, stehen noch an
einigen Tagen, auch Sonntagen, zur Abhaltung
von Vereinsfestlichkeiten, Familienfeiern, Kongressen
usw. zur Verfügung. 2 Vereinszimmer sind
noch einige Abende frei. Im Restaurant Speisen
nach der Karte zu jeder Tageszeit, anerkannt gute
Küche, gut gepflegte Biere, Bodensteiner
Jubilator, Münchener Spatenbräu.

Sämtl. Veranstaltungen der Konzer-
direktion Wolf & Ruthe finden in den
„Bürgersälen“ statt.

Tivoli

Ball- und Gesellschaftshaus
Magdeburg-Friedrichstadt (früher Zentralhalle).

Jeden
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr
Sonntag, nachm. 4 Uhr
Gesellschafts-Ball.
Erfolgreiche Musik. Erfolgreiche Musik.

Otto Wolters Kölner Str. (frühere Wilhelmstr.) 18

2 Minuten vom Bahnhof Telefon 1130
Kenner trinken nur Siechenbier (Kürnberg, Reif)
Sudenburger Export — Berliner Weißbier —
Täglich frisch: Pötschfleisch, Biste, Knoblauchwurst usw. zu
jeder Tageszeit. — NB. Patete werden aufbewahrt.

UT Storch Buckau UT

Größte Sensations-Programme aller Zeiten

Gelbsterne

Erlebnisse einer
Verkäuferin
6 Akte 6
und

Das rollende Schicksal

Ein Tragödie von
4 Menschenchicksalen
6 Akte 6

Marcco

der Mann der
Riesenkräfte
als Ringer des Mikado
6 Akte 6

Olaf Fönß

Ein Kampf
zwischen Pflicht und Liebe
5 Akte 5

Dazu **Fatty** 2 Akte



Die Geschichte eines armen, süßen Mädchens, das
das Glück sucht und auf den Weg kam, den
so viele gehen von den

Mädchen, die man nicht heiratet

ab Freitag
Kammer-Lichtspiele



Verlust der neue 3 Pfg. Schlager

die Marke des anspruchs-
vollen Kettenrauchers.

G-ZUBAN-MÜNCHEN
Größte süddeutsche Zigaretten-fabrik



Angreifen!

Es ist zu erwarten, daß diesmal der Wahlkampf sofort einsetzen wird, anders als bei der Wahl am 4. Mai, wo erst die Woche vor dem Wahltag die Kampfsitze brachte. Für jeden Republikaner und erst recht für jeden Sozialdemokraten gibt es von heute an nur noch eine Aufgabe: Wahlkampf! Jeder einzelne Mann und jede Frau muß sich von heute an als Agitator fühlen und jede, aber auch jede Gelegenheit benutzen, um für die Wahl von Sozialdemokraten zu wirken. Und nicht nur sich bietende Gelegenheiten müssen ausgenutzt werden; nein, es müssen Gelegenheiten gesucht und geschaffen werden, um für seine Partei zu werben. Scharf muß jedem Gegner entgegengetreten werden, überall und jederzeit gilt es, sich zur Republik und zur Demokratie zu bekennen.

Jede einzelne Stimme ist diesmal von einer Bedeutung, wie kaum bei einer Wahl zuvor. Es gilt, die reaktionären Fraktionen so zu schwächen, daß nur eine Regierung, die sich auf die Linke stützt, zustande kommen kann. Jede Bürgerblocksmöglichkeit muß zertrümmert werden. Es kommt darauf an, die Parteien der Besessenen so zu schwächen, daß es nicht möglich ist, die Lasten aus dem Dames-Abkommen allein auf die Schultern der Arbeiter und der kleinen, armen Leute zu legen. Die Partei der Rittersgutsbesitzer muß so zusammengehauen werden, daß alle Brotverteuerungspläne scheitern. Die Parteien der Reaktion müssen dezimiert werden, damit auf Jahre hinaus endlich einmal Ruhe und Frieden im Innern eintritt, daß endlich der ewigen Putzerei und Putzschgefahr ein Ende gemacht werden kann.

Das alles ist zu erreichen, wenn jeder Republikaner seine Pflicht tut und mit seiner ganzen Kraft am Wahlkampf teilnimmt. Jeder sei sich darüber klar, daß der Gegner über riesige Geldmittel, über eine große Presse verfügt und rücksichtslos seine ganze Macht spielen lassen wird. Auf der Gegenseite ist man sich darüber klar, daß es uns Ganze geht. Wer in diesem Wahlkampf unterliegt, der ist auf Jahre hinaus erledigt.

Angreifen! ist die Parole für alle Republikaner. Angreifen und den Gegner schlagen! —

Dreimal fahnenflüchtig.

Der Abgeordnete Dr. Böhme, Führer des Deutschen Bauernbundes, ist aus der Deutschen demokratischen Partei ausgestiegen und hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

Von einem Mitglied des Deutschen Bauernbundes erhalten wir diese Zuschrift:

Der ehemalige konservative Antijemmit, spätere Nationalliberale Böhme hat sich 1919 aus wohlwollenden Gründen — das will heißen, um ein Mandat zu erlangen — der Deutschen demokratischen Partei angeschlossen. Mit der von den Demokraten gewährten Unterstützung hat sich Böhme sein Mandat für die Nationalversammlung und den späteren Reichstag gesichert. Bei der Reichstagswahl im Mai 1924 fiel Böhme in seinem Wahlkreis durch; er wurde aber als letzter auf der Reichsliste der Demokraten gewählt.

Der Rückgang der demokratischen Stimmen war für den Bauernbundesführer wichtig genug, sich frühzeitig um einen besseren Bundesgenossen umzusehen, den er in der Deutschen Volkspartei gefunden hat.

Ohne Mandat ist Böhme ein „toter“ Mann und sein Bauernbund eine unbedeutende Organisation. Böhme muß, damit seine Stellung als Hauptgeschäftsführer des Bauernbundes erhalten bleibt, unbedingt ein Mandat haben. Bei den Demokraten sind die Aussichten dafür sehr schlecht, zumal feststeht, daß Böhme auf ihrer Reichsliste keine Unterstützung mehr finden wird. Die demokratischen Beamten und Arbeitnehmer machen ihm das Geld streitig. Da er ohne Mandat nicht leben kann, muß er zum drittenmal fahnenflüchtig werden. Um uns Mitgliedern seinen Gesinnungswechsel schmachhaft zu machen, gibt er als Grund an die Haltung der demokratischen Großstadtresse zur Zollfrage. Seit 5 Wochen schreibt er im Bundesblatt gegen diese Presse, gegen die Parallele, überhaupt gegen die Stadtdemokraten. Diese haben nach Ansicht Böhmes kein Verständnis für die Nöte der Landwirtschaft.

Seine Ansicht wird sekundiert von dem früheren sozialdemokratischen Kreisstagsvertreter Siedentopf aus Borne, der sich besonders bei der Arbeitererschaft und in Handwerkerkreisen den Mantel des mittelständlerischen Demokraten umhängt. Als dieser „Lapfere“ im Mai 1924 für die Demokraten kandidieren sollte, lehnte er ab mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie, der er sein Mandat für den Kreisstag verdankte. In den Bauernbundesversammlungen dagegen fühlt sich Siedentopf berufen, die reaktionärste Bürgerblockpolitik zu betreiben. Das Ziel der „großen“ Geister Böhme und Westermann ist zu durchsichtig, die Reise des Bauernbundes geht nach „rechts“.

Nicht die Haltung der Demokraten, noch deren Presse in der Zollfrage ist schuld an der Kursänderung — ein,

die Sehnsucht, gemeinsam mit der reaktionären Volkspartei und den Vertretern des Großgrundbesitzes in Bürgerblock zu machen.

In seinem Brief an den Parteivorstand des Reichs, den er jetzt auch uns Mitgliedern zugänglich macht, verrät Böhme seine wahre Gesinnung. Es erscheint „den Mitgliedern des Deutschen Bauernbundes doppelt unverständlich, wie die Demokratische Partei sich weigern kann, die notwendigen parlamentarischen Voraussetzungen durch Bildung einer nichtsozialistischen, für diesen Zweck aktionsfähigen Regierung zu schaffen“, oder es erscheint verfehrt, „eine Partei wie die Deutschnationalen... grundsätzlich und dauernd von der Regierung auszuschließen“. Der Volksparteiler Böhme erstrebt mit aller Macht den Bürgerblock; er ist auch davon überzeugt, daß die Deutschnationalen „positiv gerichtete, gemäßigte Persönlichkeiten“ für die Regierung präsentieren werden. Schon heute kann man mit Sicherheit behaupten, daß die „konsequenten“ Bauernbündler Böhme-Westermann sich mit den Deutschnationalen völlig ausöhnen werden, um — wer weiß wie bald? — in diesem Lager zu landen. Denn Mandate müssen 'ran!

Wir kleinen Landwirte und Handwerker sollen den mittlern Bauern und Syndizi Mandate verschaffen, dafür gibt es Getreidezölle und was sonst noch mehr. Für solche Liebesgaben danken wir. Die kleinen Landwirtschaft und das Handwerk — das zum Teil dem Bauernbund angehört — haben kein Interesse an den Zöllen. Der bekannte Verfasser der Agrarsteuerrückstellungen Prof. Sering (Berlin) — auf dessen Ansichten der neue Volksparteiler Böhme sonst

Die Sozialdemokratie erwartet, daß in den kommenden Wochen jeder Parteigenosse und jede Parteigenossin ihre Pflicht tun.

sehr viel hält — hat in diesen Tagen die Zollvorlage der Regierung abgelehnt, und sich für eine freihändlerische Handelspolitik erklärt. Ob die Westermänner das bekanntgeben?

Wir kleinen Geister sind für die Politik des Bauernbundes gerade gut genug. Politisch dürfen wir die „Herren“ wählen, damit sie je nach der „Lage“ sich immer nach „oben“ schlagen können. Bei den Demokraten lagen sie anscheinend zu weit unten; deshalb müssen sie zur Krisenpartei der Streifenmänner, der auch der Landbündler Hepp angehört. Der Landbündlerführer Hepp Arm in Arm mit dem Bauernbündlerführer Böhme; und da sage noch einer, daß der Bauernbund keine Bauerninteressen vertritt.

Den meisten Mitgliedern des Bauernbundes ist diese Rechtschwankung noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Von oben herunter wird ja versucht, die „Masse“ in Unklarheit zu lassen. Böhme reist in der Provinz herum und hält streng vertrauliche Besprechungen ab, die Sekretäre — Verzeihung, die weit unter Tarifgehalt stehenden jungen Leute des Herrn Böhme — müssen sich alle „verbinden“, die gegen den Stachel lecken, nur um den Gesinnungswechsel Böhmes zu decken.

Der Bauernbund hatte es in der Hand, eine großzügige Bauernpolitik zu betreiben. Demokraten und Sozialdemokraten waren ihm sehr behilflich. Und was hat Böhme und sein Stab gemacht? Sie sind in die Falle der Landbündler gelaufen. Die Landbündler freuen sich unendlich über diesen Erfolg. Wie lange wird es dauern und die Organisation des Bauernbundes ist dahin.

Wir kleinen Landwirte brauchen Siedlungsland, Erleichterungen in der Steuerbefreiung. Die großen haben diese Erleichterungen und verlangen, auf Kosten der Viehzüchter, kleinen Landwirte, Arbeiter und Angestellten, noch eine Extrawurst in Form von Getreidezöllen. Diese Extrawurst gibt Böhme mit tiefer Verbeugung den Landbündlern, hat er doch damit seine mittlern Bauern zufriedengestellt. Der sich in wirklicher Not befindende kleine geht leer aus.

Den Demokraten kann man den Vorwurf nicht eripieren, daß sie bei Vergebung von Mandaten sehr unvorsichtig sind. Auf dem letzten Parteitag wurde verlangt, man solle von allen Kandidaten eine Erklärung verlangen, daß sie beim Auscheiden aus der Partei ihre Mandate niederzulegen haben. Herr Böhme — dem unsicheren Kandidaten — hat man eine mildere Form gestattet; er brauchte dem Vorstande der Demokraten nur Mitteilung zu machen und sich zu einer Aussprache zu stellen. Beides hat er bis heute noch nicht getan. Böhme erklärt sogar, daß er zur Niederlegung seines Mandats nicht verpflichtet sei. Böhme ist rechtlich zu nichts verpflichtet, er steht unter dem Schutze des Artikels 21 der demokratischen Weimarer Verfassung. Moralisch hat er die Pflicht, sein Mandat niederzulegen. Er kann sich nicht darauf berufen, daß er mit den Stimmen der Bauernbündler gewählt sei. Der Bauernbund bringt im Reiche nicht so

viel Stimmen auf, daß sie für ein Mandat ausreichen. Will Böhme das bestreiten?

Wenn Böhme ankündigt, die Stellungnahme der Vertrauensmänner in der nächsten Nummer zu veröffentlichen — meine Antwort erhält er durch die „Volksstimme“. In den Augen der politisch aufgeklärten Bauernbündler ist Böhme gerichtet.

Böhmes Ehrenwort.

Zu der Frage, die oben berührt wird — Niederlegung des Mandats —, gibt die „Berliner Morgenpost“ folgenden Beitrag:

Böhme war im Wahlkreis Magdeburg zweiter Mann auf der demokratischen Liste. Gewählt wurde aber nur ein Demokrat: der Abgeordnete Schiffer. Der Reichstag dankt die Ehre, Böhme zu seinen Mitgliedern zu zählen, der demokratischen Reichsliste. Auf dem demokratischen Parteitag in Magdeburg gab es vor der Wahl bereits eine scharfe Opposition gegen Böhme, dessen demokratische Zuverlässigkeit von verschiedenen Seiten angezweifelt wurde. Um sicher zu gehen, beschloß dieser Parteitag einstimmig, Böhme schriftlich ein Ehrenwort des Inhalts abzunehmen, daß er sofort sein Mandat niederlegen werde, wenn er aus der Demokratischen Partei ausscheiden würde. Diesem Beschluß hat Böhme selbst zugestimmt! Zu einer schriftlichen Niederlegung dieses Ehrenwortes ist es nicht gekommen, weil der demokratische Parteivorstand Böhme gegenüber weniger mißtrauisch war als die Magdeburger Demokraten. Der Parteivorstand hat sich mit mündlichen Erklärungen Böhmes begnügt, und er sieht nun, was auf Erklärungen Böhmes zu geben ist.

Die Auflösung des Reichstags hat Böhme das demokratische Mandat aus der Hand geschlagen. Wäre das Parlament am Leben geblieben, hätte Böhme — wie er selbst erklärt hat — seelenruhig das Mandat behalten, das ihm nicht mehr gehörte, und sein Ehrenwort gebrochen. Und die Volkspartei hätte gegen diese Uebung und diesen Mann nichts einzuwenden gehabt.

Daraus geht hervor, was Böhme wie seine neue Partei wert und daß sie einander wert sind. —

Erstes Echo aus dem Reiche.

Die Auflösung des Reichstags durch den Reichspräsidenten, die Montagabend in Hannover bekannt wurde, löste in allen Kreisen der Bevölkerung die höchste Spannung aus. In der Stadt umfandenen Anschläge, die von großen Menschenansammlungen umgeben waren, das Ereignis. In verschiedenen Theatern und Kinos wurde die Auflösungsmeldung bei Schluß der Vorstellung noch bekanntgegeben.

Bei den republikanisch gesinnten Männern und Frauen fand diese Wendung der Dinge freudige Zustimmung. Besonders wirkungsvoll kam dies zum Ausdruck in einer von Tausenden von Personen besuchten Festveranstaltung der Ortsgruppe Hannover des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in den Sälen des Volksheims. Der Redner Kaloff betonte dort nach Bekanntgabe der Meldung, daß nunmehr das Volk zu entscheiden habe, ob es sich das gierige Streben der monarchistischen Reaktion, das den Regierungswechsel zu einem schmutzigen Geschäft machen wollte, gefallen lassen wolle. Nicht enden wollender Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. —

Einheitsfront gegen die Sozialdemokraten.

Sie reicht von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen und wurde in der letzten Bezirksberordnetenversammlung in Lichtenberg praktisch gelebt. Der Auftakt war die übliche Heuchelei. Deutschnationale und Kommunisten lagen sich in den Haaren, boten sich sogar gegenseitig Prügel an — und mußte doch jeder, daß sich die Heuchler für den Abbau des sozialdemokratischen Bürgermeisters John, der einige Minuten später zur Verhandlung stand, verständigt hatten.

Dieses Abbaupitel enthält eine kommunistische Zämmerschicht überliefert. Es war in mehreren Ausschüßsitzungen behandelt worden. Die erste Ausschüßsitzung beschloß gegen die bürgerlichen Stimmen den Abbau der bürgerlichen Stadträte Fischer und Dr. Grobner. Dann tagte eine Vollversammlung, in der die Kommunisten beantragten, den Stadtrat Dr. Siggel und den Bürgermeister John abzubauen, die beide Sozialisten sind. Die folgende Ausschüßsitzung beschloß mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wiederum, den Abbau der bürgerlichen Stadträte vorzuschlagen. In der letzten Plenarsitzung nun fielen die Kommunisten wiederum um und bauten gemeinsam mit den bürgerlichen den sozialdemokratischen Bürgermeister John ab. Die Einheitsfront zwischen Bürgerlichen und Kommunisten war hergestellt. Zurufe, wie sie sonst von den Kommunisten mit Vorliebe gegen die Sozialdemokraten angewandt werden, hagelten von der Tribüne gegen die Kommunisten, die recht kleinlaut wurden.

Mit dem Abbau des Genossen John, der ein Lebensalter in der Arbeiterbewegung tätig ist, haben die Kommunisten bewiesen, daß sie den Kampf gegen rechts nur zum Schein, in Wirklichkeit aber den Kampf gegen die Arbeitererschaft führen. Bei den kommenden Wahlen werden sie hoffentlich die Quittung erhalten. —

Nachrichten aus der Provinz.

Die kommunale Wohlfahrtspflege.

Infolge der wachsenden Mäße der Bevölkerung gewinnt die kommunale Wohlfahrtspflege immer mehr an Bedeutung. Die Unterstützungseinrichtungen müssen immer mehr ausgebaut werden. Dazu ist eine Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung im weitestgehenden Maße nötig.

Bürgermeister Genosse Klees (Mischerleben) hielt einen Vortrag über den Aufbau der Fürsorgeverbände. Jeder Stadt- und Landkreis bildet jetzt einen Bezirksfürsorgeverband und die Provinz Sachsen und der Freistaat Anhalt je einen Landesfürsorgeverband.

Die Frage, wer Anspruch auf die öffentliche Fürsorge hat, behandelte Oberbürgermeister Heymann vom Deutschen Städtebund. Im Anschluß daran sprach er auch über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorgeleistungen. Unter Hilfsbedürftigkeit ist ein Zustand zu verstehen, in dem es aus Mangel an bereiten Mitteln nicht möglich ist, sich und den Seinen den notwendigen Unterhalt zu beschaffen.

Für die unehelichen Kinder sind Sonderbestimmungen in die Fürsorgeverordnung aufgenommen worden. Sie wurden in einem Referat von Dr. Lührs (Dessau) erörtert. Wird ein uneheliches Kind innerhalb von 6 Monaten nach der Geburt hilfsbedürftig, so ist derjenige Bezirksfürsorgeverband endgültig verpflichtet, in dessen Bezirk die Mutter im 10. Monat vor der Geburt zuletzt ihren gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat.

Es ergab sich aber, daß hier noch manche Klarstellung notwendig ist.

Die Zuständigkeit für Familienmitglieder in der Inanspruchnahme der öffentlichen Hilfe wurde von Gerichtsreferent Herrmann besprochen. Der Bezirksfürsorgeverband des Ortes, an dem die Familie Wohnung und Haushalt hat, ist zur Fürsorge für die Mitglieder der Familie endgültig verpflichtet, auch wenn sie bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit ihren Aufenthalt an einem anderen Orte hatten.

Bürgermeister Genosse Klees sprach sodann über die Frage, wer zur Erstattung der Fürsorgeaufwendungen herangezogen werden kann. Das Recht der Rückforderung geleisteter Unterhaltungen von dem Unterstützten selbst ist erheblich eingeschränkt worden.

Das Recht und die Pflicht zur Übernahme von Hilfsbedürftigen nach § 14 der Fürsorgeverordnung behandelte Landesrat Baurischmidt. Der vorläufige Fürsorge während der Fürsorgeverwaltung kann von dem endgültig verpflichteten Übernehmer des Hilfsbedürftigen in eigene Fürsorge verlagert werden.

Sinaus mit der andern Modenwelt, Die Zeitschrift der Frau ist die

„Frauenwelt“

„Frauenwelt“, eine Halbmonatsschrift für die Frau des modernen Volkes. Preis 30 Pfennig, mit Schmitzdruckbogen 40 Pfennig. Zu beziehen bei allen Zeitungsverlegern.

Die Bevölkerungsbewegung in Preußen.

Aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Ständesämter in Preußen, die am 1. Oktober 1874 in Tätigkeit traten, bringt, wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, die „Statistische Korrespondenz“ eine Zusammenstellung sämtlicher Beurkundungen, die in diesen 50 Jahren von den Ständesämtern vorge-

nommen sind. Sie umfaßt bis zum Abschluß des Jahres 1923 102 864 706 Fälle. Ueber das rein zahlenmäßige Interesse hinaus aber bieten diese Beurkundungen einen tiefen Einblick in die Bevölkerungsbewegung und sprechen eine beredte Sprache, die höchste Aufmerksamkeit beanprucht.

Im Jahre 1875 betrug die Zahl der Geburten (ohne Totgeburten) 1 042 615 und blieb in aufsteigender Bewegung bis 1900 mit 1 236 024. Von hier an setzt der Abstieg ein, erst langsam bis 1913, von da ab jedoch ständig bis 1923, das nur noch 793 081 Geburten aufweist.

Prozentual berechnet sieht das Bild folgendermaßen aus: auf 1000 der mittleren Bevölkerung entfielen im Jahre 1875 40,7 Geburten, 1923 20,6; 1875 9,0 Eheschließungen, 1923 9,4; 1875 28,4 Sterbefälle, 1923 14,3.

Auch in dieser Statistik erkennt man die furchtbaren Folgen des „Stahlbades“.

Kreis Wanzleben.

Klein-Ditterleben. Versammlung zur Denkmalsfrage. Am Freitag den 24. Oktober, abends 8 Uhr, findet bei Schöbe eine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit der Denkmalsfrage, wie sie Pastor Moejers aufstellt, beschäftigen soll.

Kreis Jerichow.

Gerwisch. Eine Gemeindevertreter-Sitzung fand am Freitag statt. Leider war von Arbeiterseite niemand erschienen, der das interessante Arbeiten der Gemeindeglieder mit ansehen. Wir empfehlen allen denen, die am 4. Mai nicht wußten, wo sie hingehörten und bürgerlich wählten, sich nach diese Sitzungen anzusehen.

Hühneraugen beseitigt sicher das Radikalmittel Lebewohl. Hornhaut an der Fußsohle verschwindet durch Lebewohl - Ballen - Scheiben. Kein Verdrängen, kein Festkleben am Strumpf. In Drogerien und Apotheken. Man verlange ausdrücklich „Lebewohl“.

Das Gemeindefind.

Erzählung von Maria von Ebner-Eschenbach. (16. Fortsetzung.)

Ein kleines Stück Weges hinter dem jungen Weibe und dem jungen Mädchen kam die Schaar der Holzschnecke. Sie gingen heute so ungeschicklich spät in den Wald, weil gestern Sonntag gewesen war und weil ein Holzschnecke, der sich adieu, „am Montag früh immer feierabend macht“, wie Samusch zu sagen pflegte.

„Was ist das für ein dummes Kind?“ rief er, „und nachdem sein erster Versuch über Winkas Anwesenheit verdraußt war, forderte er sie und Elvira auf, bei ihm einzuziehen und ein wenig zu rufen. Damit öffnete er das Gürtelband und ließ sie, nachdem sie seiner Einladung Folge geleistet hatten, nicht ohne häusliche Würde, auf eigenem Grund und Boden willkommen.“

„Das ist ja jetzt, jetzt kannst du antworten, den Ernst zu haben...“ „Was ist das für ein dummes Kind?“ rief er, „und nachdem sein erster Versuch über Winkas Anwesenheit verdraußt war, forderte er sie und Elvira auf, bei ihm einzuziehen und ein wenig zu rufen.“

wid — am weitesten Samusch, die Hand am Ohr. Aber schon war er ereilt und gestift von einem, der noch rascher gewesen als Rabel. Samur hatte ein Unheil herbeiführendes Knurren ausgehört, sich seinem Herrn vorangeworfen und war Samusch an die Gurgel gesprungen.

„Klingern ließ der Hund ab von seiner Beute. Samusch erhob sich mühsam, seine Genossen machten Miene, alle zusammen auf Rabel loszugehen, bejammern sich aber anders.“

„Langs hejwang sich Arnost, zuletzt aber hegte seine Ungeduld, er sagte Rabel bei der Schürer und sprach: „Was ist das für ein dummes Kind?“

wendete sich an die Kleine. „Ich bin ein Freiwerber,“ sprach er, „für den da, für den Arnost. Wir haben es schon lang zusammen ausgemacht, daß ich dich fragen soll, ob du ihn nimmst?“

„O, was die Lieb betrifft...“ Der Ausdruck, mit dem diese Worte gesprochen wurden, erledigte die Frage übergenügend.

„Ich hab sie auch gern,“ rief er, „und wie soll denn ich heiraten, wie soll denn ich ein Weib nehmen, ich, dem's alle Tage geischen kann, er weiß nicht wie, daß er einen erschlagen muß, weil er sich nicht anders helfen kann?“

„So such Dir einen aus.“ „Ich glaube,“ sagte Winka, nachdem sie eine Weile in den Schnee geblickt hatte, „daß ich eine Witfrau bleiben werde.“

(Fortsetzung folgt.)

Die durch das Lehnholen dem Landwirt Brandt entstandenen Schäden an seiner Wiese werden vergütet. Dafür wird die alte Lehnhölle gesperrt und eine neue aufgemacht. Dem Bauantrag des Wäldereifers Graben wurde nicht stattgegeben, dagegen erhält er den geforderten Boden gegen Pacht. Der Vertrag soll auf 99 Jahre geschlossen werden. Die Bewohner des Postgebäudes scheinen zu denken, die Straße ist zum Verunreinigen da. Dies Verhalten wurde gerügt. Die nächste Gemeindevertreter-Sitzung findet in der Siedlung bei Mühlberg statt.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Dahlenwarleben. Gemeindeparlament. Am Mittwoch den 22. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Gemeindezimmer eine öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung mit wichtiger Tagesordnung statt.

Neu- und Althaldensleben. Sitzung des Ortsausschusses. Die Sitzung des Ortsausschusses am Sonntag nachmittags in Althaldensleben war recht mangelhaft besucht, was außerordentlich zu bedauern ist, da gerade augenblicklich auf gewerkschaftlichen Gebieten außerordentliche Regsamkeit notwendig ist. Im Geschäftlichen gab Genosse Feldmann zunächst die Ein- und Ausgänge bekannt. Erwähnenswert ist ein Schreiben an den Magistrat und den Landrat wegen Einstellung hiesiger Gewerkschafter für die Zuckerkampagne. Es sind 63 auswärtige Gewerkschafter für die Zuckerkampagne herangezogen worden, trotzdem noch eine Anzahl Erwerbsloser am Orte vorhanden sind. Zu einem Schreiben an die Polizeibehörde in Althaldensleben ist auf die mangelhafte Beachtung der Bauarbeiter-Schutzbestimmungen bei einem Bau in Althaldensleben hingewiesen und um Abhilfe ersucht worden. Dann wurde bekanntgegeben, daß der Werkmeisterverband, welcher bisher dem Ortsausschuß angehört, da ein Material nicht besteht, aus dem Ortsausschuß ausgeschieden ist. Eine Ortsgruppe der Telegraphenarbeiter, welche dem Deutschen Fernverkehrsverband Magdeburg angehört, ist dem Ortsausschuß beigetreten. Ein Rundschreiben der Volkshilfe wurde bekanntgegeben und auf die Wichtigkeit der Volkshilfe hingewiesen. Ein Schreiben vom Genossen Feldmann hingewiesen. Weiter lag ein Schreiben der Deutschen Lichtbildgesellschaft e. V. Berlin vor, welche einen Film zur Vorführung empfiehlt, betitelt: „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“. Es soll mit der Gesellschaft Fühlung genommen werden, um die Kosten einer Vorführung zu erfahren und dann in Verbindung mit den Orts-, Betriebs- und Landkrankenkassen sowohl in Neu- wie auch in Althaldensleben einen Filmvortrag, geteilt für Männer und Frauen, zu organisieren. Es soll durch die Delegierten in den Versammlungen auf die Eltern eingewirkt werden, um die Kinderarbeit soweit als möglich zu unterbinden. Es wurde bekanntgegeben, daß die Bibliothek in Ordnung gebracht ist. Es wird den Delegierten zur Pflicht gemacht, in den Mitgliederkreisen für eine rege Propaganda zu sorgen, damit die Bibliothek von den Mitgliedern der Gewerkschaften mehr benutzt wird. Als-Baum wurde die Abrechnung vom dritten Quartal bekanntgegeben. Genosse Feldmann sprach dann eingehend über das Daves-Gutachten. Die Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt. In der Diskussion brachte natürlich ein Kommunist seine bekannten Agitationsforderungen vor, an deren Ausführung die K.P.D. selbst nicht glaubt. Im allgemeinen wurde die Haltung der Gewerkschaften zu dem Davesgutachten anerkannt, aber verlangt, daß die Rollenverteilung gerecht erfolgt und den tragfähigen Schultern aufgebürdet wird. Der Vertreter des Lederarbeiter-Verbandes gab einen Bericht über die zu Ende geführte Bewegung in der Handschuhindustrie und Genosse Rogge über die Lohnbewegung der Gemeinde- und Staatsarbeiter und trat dem Gerücht über einen beabsichtigten Streik im Elektrizitätswerk entgegen. Er versicherte, daß die Maßnahmen bestimmt ausgeführt würden, wenn es zum Streik käme.

Neuhaldensleben. Die Wahl zum Ausschuß für die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Neuhaldensleben findet am Sonntag den 30. November statt. Für die Versicherten kommen 20 Ausschußmitglieder und ebensoviel Stellvertreter und für die Arbeitgeber 10 Ausschußmitglieder und ebenfalls 10 Stellvertreter in Betracht. Die erste Vorstellung des städtischen Theaterausschusses war leider recht mäßig besucht, was im Interesse der guten Sache außerordentlich zu bedauern ist. Die Deutsche Gesellschaft für Volksbildung (Märkische Wanderbühne) gab „Im Bahnhofsrestaurant“. Die Aufführung zeigte, daß die Gesellschaft über erstklassige Kräfte verfügt. Es wäre daher außerordentlich wünschenswert, daß künftige Veranstaltungen besser besucht werden. Der Theaterausschuß möge beachten, daß der Sonnabendabend sich sehr schlecht für eine Theatervorstellung eignet; Freitag- oder Sonntagabend wäre bestimmt besser.

Kreis Kalbe.

Felgeleben. Ein Arbeiter-Radfahrerverein soll in unserm Orte gegründet werden. In nächster Zeit findet deshalb eine öffentliche Versammlung statt. Die bürgerlichen Sportler versuchen überall für ihre Verbände zu werben. Nun müssen auch die Arbeiterportler tatkräftig für den Ausbau ihrer Verbände sorgen und überall Arbeiterportvereine gründen, wo noch keine bestehen. Der Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität zählt jetzt über 350 000 Mitglieder. Die Arbeiterpartei Felgelebens wird die zu gründende Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrer-Bundes sicher nach Kräften unterstützen im Interesse der Arbeiterportbewegung. Sowie die nötigen Vorarbeiten erledigt sind, erfolgt die Bekanntgabe der Versammlung an dieser Stelle.

Schönebeck. Die Einführung von weltlichen Schulen macht überall Fortschritte. Auch in unserm Orte wurde vor längerer Zeit vom Ortsausschuß eine rührige Propaganda für Einführung der weltlichen Schule betrieben. Eine große Anzahl von Unterschriften wurde damals gesammelt und der Antrag auf Errichtung von weltlichen Schulen gestellt, so daß man schon mehrere Klassen hätte einrichten können. Die Regierung forderte aber von den Schulleitern Bericht, wieviel denn in Wirklichkeit von den Kindern schon nicht mehr am Religionsunterricht teilnahmen. Der Bericht mußte natürlich so ausfallen, daß erst eine kleine Anzahl vom Religionsunterricht abgemeldet ist. Anstatt nun die damaligen Unterschriften der Eltern als Grundlage zu nehmen, wurde durch den Gesamtschulverband als Uebergang der Lebenskundliche Unterricht beschloffen. Es liegt nun an der Arbeiterpartei Schönebeck, der Einführung der weltlichen

Schulen zum Durchbruch zu verhelfen. Zu diesem Zwecke hat der Zentral-Elternbeirat sämtliche sozialdemokratischen Elternbeiräte zu einer Sitzung am Mittwoch den 22. Oktober nach dem Wiener Restaurant (Wilh. Friese, Frohner Straße 16) eingeladen. Auch diejenigen, welche auf der Kandidatenliste zum Nachrüden stehen, müssen erscheinen. Außer der Schulfrage sollen noch örtliche, im Gesamtschulverband wichtige Schulangelegenheiten besprochen werden. Die fortgeschrittenen gegenseitigen Bekanntschaften sind zur Sitzung eingeladen. Es ist Pflicht unserer Elternbeiräte, pünktlich und vollzählig am Mittwoch zu erscheinen.

Stahlfurt. Bildungskursus. Der zweite Abend findet am Mittwoch den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Klingisch (Restaurant zur Linde) statt. Thema: „Die Revolution“. Referent Genosse Buchholz (Magdeburg). Alle Parteigenossen von Stahlfurt, Leopoldshall und Löderburg müssen zu diesem interessanten Vortrage mit ihren Frauen erscheinen.

Stadtkreis Ascherleben.

Ascherleben. Polizeioberst Schützinger spricht. Am Donnerstag den 21. Oktober, abends 8 Uhr, wird im Auftrag der Deutscher Friedensgesellschaft der bekannte Polizeioberst Dr. Schützinger über „Ludendorff und wir“ sprechen. Alle Republikaner und Friedensfreunde sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Ascherleben. Die Werwolf- und Stahlhelm-Bewegung ist merkwürdig im Niedergang begriffen. Der Werwolf hatte ein „Bezirksverbandsbureau“ hier, das aber schon seit längerer Zeit wieder aufgelöst ist; der Angehörige ist entlassen worden. Dieser und der ehemalige Vorsitzende klagen sich jetzt vor den Gerichten wegen verschiedener Sachen. — Im Volksbildungsbereich hielt kürzlich der Schriftsteller Geh einen eigenartigen Vortrag über Wanderungen in drei Erdteilen. Der Vortragende hat sich jahrelang unter bitteren Enttäuschungen als Arbeiter schwer in der Welt herumgeschlagen und sagte den „wohlstandigen Bürgerleuten“ manche Wahrheiten.

Ascherleben. Der Geburtstag der Republik, der 9. November, soll feierlich begangen werden. Der Parteivorstand hat eine Feier in größerem Rahmen beschlossen. Sie findet am 9. November, abends 7.30 Uhr, im großen Saale des Westendorfs statt. Die Gedenkrede hält Landrat Genosse Alwin Hündel (Wesenberg). Gesang und die Aufführung eines Schauspiels sollen dem Abend einen würdigen Rahmen geben. Die Nachbarn sind — sofern keine eignen Feiern stattfinden — eingeladen. Wir machen unsere Genossen und Genossinnen schon jetzt auf die Feier aufmerksam, damit sie diesen Abend frei halten und sich am 9. November in der Parteiveranstaltung zu einer machtvollen Kundgebung vereinen. — Der erste Bildungsaabend fand am Sonnabend den 18. Oktober im Westendorfsaal statt. Die Genossen aus Ascherleben, Weltsleben und Groß-Schierstedt waren zahlreich erschienen. Die Genossen aus Westdorf waren leider trotz doppelter und rechtzeitiger Einladung nicht gekommen. Die Gemeindevertreter waren fast vollzählig. Keiner ward enttäuscht. Die Veranstaltung wurde vom Genossen Loß mit dem Leitgedanken „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ eröffnet. Genosse Henneberg (Magdeburg) hielt dann einen Vortrag über sozialistische Gemeindepolitik. Seine beifällig aufgenommene Rede löste eine interessante Debatte aus, an der sich die Genossen Hoffmann, Apelt und Loß beteiligten. Die Bildungsabende sollen nun regelmäßig abgehalten werden. Erscheinen sollen sämtliche Gemeindevertreter usw., desgleichen die Vorkundgebenden. Interessierte Genossen sind ebenfalls eingeladen. Der nächste Abend wird rechtzeitig bekanntgegeben. In einer öffentlichen Versammlung soll Pastor Felden im Januar sprechen. Bis dahin werden noch einige andere Referenten zu Vorträgen gewonnen werden. Mitteilungsblätter und Referententmaterial können von den Funktionären beim Schriftführer Genossen Schülze entnommen werden.

Ascherleben. Ein Unterbezirksrat findet am Sonntag den 2. November in Quedlinburg vormittags 10 Uhr im „Stadtparl“ statt. Die Konferenz ist als ein Werbetag gedacht und soll besonders für die Frauenbewegung fördernd wirken. Möglichst viele Genossen und Genossinnen müssen an der Konferenz teilnehmen. Wer es nur einigermaßen möglich machen kann, kommt am Sonntag nach Quedlinburg. Vom Vorstand werden die Genossen H. Hoffmann und Jenke entandt. Die Frauengruppe wird besonders Delegierte schicken. Es sprechen u. a. Genosse Bänder (Berlin) und Genossin Arning (Magdeburg). — Die proletarischen Freidenker hielten am Sonntag eine gut besuchte Versammlung ab, in der u. a. beschlossen wurde, die Einführung des weltlichen Unterrichts mit allen Mitteln zu fördern.

Ulmars.

Gardelegen. Stadtverordneten-Sitzung. Nur 35 Minuten dauerte die letzte Sitzung, und doch wurden Entscheidungen von weittragender Bedeutung getroffen. Zunächst wurde an Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Wiegand der Kaufmann Frisch ohne Sorge nach Vereidigung durch den kommissarischen Bürgermeister eingeführt. Dann erfolgte die Wahl des stellvertretenden Vorstehers. Gewählt wurde Stadtverordneter Strube mit 10 gegen 8 Stimmen, die auf den Genossen Häbler fielen. Nach parlamentarischen Regeln gehörte dieser Posten unserer Fraktion, doch zogen sich die Bürgerlichen darüber hinweg. Bedauerlich ist es, daß selbst Mitglieder der demokratischen Partei diese Vergewaltigung mitmachten. Bei der Wahl des Bürgermeisters stieg die Spannung der Versammlung aufs höchste, als der bisherige Vorsteher die Geschäfte an den Stellvertreter übergab und wortlos den Sitzungssaal verließ. Die Unbeholfenheit des neuen Vorstehers kam so recht zum Ausdruck. Nachdem er bekanntgegeben hatte, daß zwei Kandidaten zur engern Wahl ständen, wurde die Versammlung vom Genossen Häbler dahingehend aufgeklärt, daß nicht zwei, sondern vier Bewerber von der Kommission zur engern Wahl gestellt seien, und zwar die Herren Betsche (Gardelegen), Wilmann (Wienenburg), Häbler (Sprottau) und Dr. Drehtmann (Düsseldorf). Die Wahl ergab folgendes Resultat: 9 Stimmen für Bürgermeister Betsche, 8 Stimmen für Bürgermeister Wilmann. Das Resultat wurde mit sehr gemischten Gefühlen von den zahlreich erschienenen Zuhörern aufgenommen. Während die Freunde des jetzigen Bürgermeisters vor Vergnügen strahlten, wurden von der andern Seite gegenteilige Rufe laut. Ein Ruf „Prost!“ löste große Heiterkeit aus. Wer in den letzten Tagen die Tätigkeit verschiedener Kreise beobachten konnte, mußte zu dem Resultat kommen, daß Herr Betsche gewählt werden mußte. Man hat keine Mühe gescheut, und noch am Abend vor der Wahl ist man von Haus zu Haus gegangen, um Unterschriften zu sammeln. Bedauerlich ist nur, daß diejenigen Herren von der Rechten, die nicht für die Wahl des Herrn Betsche zu haben waren, nicht standhaft bis zum letzten gewesen sind und sich, dem Fraktionszwang folgend, ihre Handlung haben vorzeichnen lassen. „Nein, er gefällt uns nicht, der neue Bürgermeister.“ Und bald scheint es so, als ob die Kreise, die die Geister riefen, diese nun gern wieder los sein möchten. Denn nach dem allgemeinen Gerücht nach der Wahl zu urteilen, möchte nun keiner derjenige sein, der die Verantwortung auf sich nehmen will. Für die sozialdemokratische Fraktion kommt es nun darauf an, darauf zu achten, daß sich der Bürgermeister nicht als „junger Mann“ von einer bestimmten Klasse gebrauchen läßt, was die Herrschaften mit der Wahl wohl beabsichtigt haben. So viel nicht jedenfalls ist: wenn ein sozialdemokratischer Bürgermeister einen derartigen außerordentlichen Lebenswandel an den Tag gelegt hätte, wäre er bestimmt nicht gewählt worden. Nun, es muß abgewartet werden, wie die Sachen sich entwickeln werden. Die beabsichtigte Aufwertung der Sparfüßenguthaben wird allgemein befürwortet, doch wird die Aufwertung bis zur endgültigen Regelung zurückgestellt. Die Fraktion stellte dann noch eine Anfrage durch den Genossen Häbler an den Magistrat wegen der Entfernung der von den Gewerkschaften, ehemaligen Kriegsgefangenen, Reichsbund der Kriegsbeschädigten und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anlässlich des Antikriegstags an den Gräbern unserer Gefallenen und der im Gefangenenlager verstorbenen alliierten Soldaten niedergelegten Kränze. Der Magistrat, soweit er noch antwortfähig war, hätte es wohl gern gesehen, wenn angeseht der großen Zuhörermenge die Sache nicht zur Sprache gekommen wäre. Doch ließ sich der Genosse Häbler nicht einschüchtern und gezielte scharf das Verhalten des Magistrats in dieser Angelegenheit. Die Gewerkschaften werden die Kränze zurückverlangen und werden es sich überlegen, ob nicht dem Staatsanwalt Gelegenheit gegeben wird, sich noch weiter mit der Sache zu beschäftigen. Der Geist, der den Magistrat beherrscht, offenbar sich am besten darin, daß er den Eid, den er auf die Verfassung abgelegt hat, dadurch erklärt, daß er Kränze in den republikanischen Farben entfernen läßt. Ein netter Anfang für die Bürgermeisterfähigkeit in den nächsten 12 Jahren.

Ulmars. Der Lichtbildvortrag in der „Union“ über die „Deutsche Reichsverfassung“ war gut besucht. Der Vortragende H. Müller (Halle) gab interessante Erläuterungen zu den ausgezeichneten Lichtbildern. Besonders begrüßenswert war der starke Bezug von Frauen. Der reichhaltige Vortrag wurde allseitig mit Beifall aufgenommen und war ein guter Anfang der Bildungsarbeit im Winter. — Kohlenversorgung. Auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion hat der Magistrat einen Kredit zur Verfügung gestellt, um die Mitglieder der freien Gewerkschaften mit billigen Kohlen zu versorgen. Die Kohlen kosten frei vor dem Haus 1.17 Mark und sind in sechs Wochenraten zu bezahlen. Bei der Verteilung ist ein Drittel des Gesamtpreises der bestellten Kohlen anzuzahlen. Verteilungen und Anzahlungen haben im Parteisekretariat, Mittelstraße 12, zu erfolgen. Mitgliedsbücher sind bei der Verteilung vorzulegen.

Tangerhütte. In öffentlicher Versammlung sprach am Sonntag nachmittags die Landtagsabgeordnete Genossin Minna Volkman (Halberstadt) über die politische Lage. Man hat uns wegen der Erfüllungspolitik stark bekämpft. Jetzt nun die Deutschnationalen das selbe, nur um an die Macht zu kommen, in die Regierung. Natürlich beanspruchen sie die wichtigsten Ministerien, beispielsweise das des Innern. Wie verhängnisvoll das für uns Arbeiter sein kann, führte die Referentin an. Ihre Veranstaltungen würden dann ungeheuerlich eingeeignet und schikaniert werden. Die Rednerin sprach nun zu den Frauen besonders. Unsere Partei habe den Frauen das Wahlrecht gebracht, während die Rechtsparteien dieses noch kurz vor dem Umsturz abgelehnt haben. Die Sozialdemokraten sind Menschen, die ihre Worte immer in die Tat umzusetzen versuchen. Hätten wir z. B. in England eine bürgerliche Regierung gehabt, so wäre die Londoner Konferenz nicht so günstig ausgefallen. Für die Rentner wurden von unserer Partei Erhöhungen verlangt. Ebenso für die Frauen die Wochenfürsorge. Die Deckung für diese Mehrausgaben wurde auch gleich mit vorgeschlagen in Form höherer Besteuerung der Dividenden in der Industrie. Wir müssen alles daransetzen, einen neuen Reichstag zu bekommen, der ein besseres Bild gibt als der jetzige. Sorgen wir dafür, daß jeder so viel Anspruch an das Leben stellt, wie es sich für einen kulturbewussten Menschen geziemt. Mit den Worten: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg“ schloß die Rednerin. Reicher Beifall besahnte sie. Im Schlußwort mahnte sie die Anwesenden zum Leben der „Volkstimme“. Nicht immer seien die Frauen schuld, wenn es nicht geschieht. Die Männer sollten nur die nötige Energie aufbringen, so würde auch dieses anders.

Tangerhütte. Ein Reinfall. Die Stahlhelmkapelle, welche sich mit großem Tamtam hier etabliert hat, scheint doch nicht die Anziehungskraft zu haben, welche Musikdirektor Brügge-mann von ihr erhoffte. Ganze fünf Personen waren am Sonntagabend gekommen, um sich in den Genuß eines Stahlhelmkonzerts mit Schwarzweitzrot und „Heil dir im Siegertranz“ zu setzen. Wir wünschen weiter viel Glück.

Unverantwortlicher Leichtsin — anders kann man es nicht nennen — ist es, wenn Sie tage- oder gar wochenlang Ihren Mund und Ihre Zähne nicht richtig pflegen. Dabei haben Sie's so bequem: Sie spritzen ein paar Tropfen Odol in ein Glas warmes Wasser, rühren mit der Zahnbürste um, spülen und gurgeln damit nach Herzenslust und bürsten zum Schluß — besonders vor dem Schlafengehen — recht tüchtig Ihre Zähne. Sie werden sehen: Odol ist eine wundervolle Mund-Erfrischung und dabei weit sparsamer als alle Zahn-Pasten und Zahnpulver. Im Laufe der Jahrzehnte wurde Odol zum Kulturbegriff.

Verkauf

Vertikale, wie neu, billig zu vert. Pfeffel, Steppbandbreite 30/31, 5. 1/2. Singer-Nähmaschinen hergestellt, zu vert. Steppbandbreite 30/31, 5. 1/2. Prima Brautbetten, a. einj. Betten u. Kissen, rot, neu, vert. bill. Markworth, Straßburg, Str. 3, Sof. ptr., Dicht a. Zittau

10 Schreibstühle von 56 Mark an, Klavierstühle, echt Leder von 250 Mark an, Klavierstühle, Gobelins 200 Mark, 1 Speisezimmer, echt eiche, Komplet 380 Mark, 1 Speisezimmer, ganz schwere Bildhauerarbeit, Stoff auch innen eich, 200 cm breit, Krebels, 110 cm breit, für nur 480 Mark sofort verkauft

Jentzsch
Gr. Münzstraße 1.

Pianos

bester Fabrikate, Preise billig, Bek. queme Zahlungsweise, Klavierstimmer, **Friedr. Golze**, Reparaturen, Pianofort 13, Tel. 4466, Haltestelle Linie 5, Pianostimmen 4 Mk.

Fahrräder

Fahrradteile, Gummi, 1819 Beleuchtungen, empf. billig Großkopf, Gr. Mühlentstr. 13.

Säcke

für alle Zwecke geben billig ab 1874, Gebr. Rosenbaum, Sad- und Planfabrik, M.-L.-St.-Michael-Str. 21a

Ankauf

Fahrräder

Kf. Voigt, Pionierstr. 19

Stellenangebote

und **Beihilfsangebote** haben den besten Erfolg in der **Volksstimme**

Ergebnisprüfung. Die Beihilfung, die ich gegen meine Jahre hier selbstausgegeben habe, nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns hiermit zurück. **Wohlf. 12. Oktober, Marie Böttcher.**

Grundstücks- und Wohnungsmarkt.

Wir suchen in diesem Bezirk für vorgerichtete Käufer: Grundstücke oder Hof, Geschäftshäuser, Villen, Landhäuser sowie Landwirtschaften usw. gegen sehr hohe An- u. Auszahlung. A. 227 **Müsse & Co., Hannover.**

Burg. Geschäfts-Eröffnung. Burg.

Der geehrten Einwohnerschaft von Burg und Umgebung gebe ich hiermit bekannt, daß ich mit dem heutigen Tage ein **Weiß-, Bollmaren- und Arbeiter-Bekleidungs-Geschäft** eröffne. Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine verehrte Kundenschaft durch gewissenhafte und reelle Bedienung in jeder Hinsicht zufriedenzustellen. **S. Neumann, Burg**, Zerster Str. 9, 1920, gegenüber dem „Tagblatt“, Samstag geöffnet nachmittags von 1/2 6 bis 7 Uhr.

Die grosse Marke!



Hausorden 5/3 CASANOVA CIGARETTEN



Bravo-Seife
Seit 50 Jahren bewährt 80% Fettgehalt
Joh. Fr. Weber, Braunschweig

Bettnäsen

Beleg, gar. 10/11. Alter u. Geschlecht ang. Aust. 100. Verkauf Franziska, Münch. 22 b, 20132

Entlaufen

Schäferhund, Wiederbringer od. Angabe ab. Verbleib zahle gute Belohnung. Jäger, Falckeburg 7.

Hohe- und Halbtämme Busch- und Obstbäume

jede Form, Beerestr., Schützenmoresen, Erdbeerpl. W. Thuerkauf, Ebdorfer - tr. 37. **Jahre 100 Mark, wenn „Kampolden“ nicht in einer Minute (mit 200) b. Mensch und Eier vertilgt. Vor. Weg u. Grünwald, Neustadt Str. 25, 1111. Keine Bange mehr. Einmal kam Kampolden!**

Burg Palast-Theater Burg

Dienstag bis Donnerstag: **Die grüne Manuela**
Ein in erotischen Farben schillernder Film und von wilder Leidenschaft vibrierendes farbenfrohes toleriertes Eibretto in 6 Akt. **Weber den Atlantik im Zeppelin** 2 Akte, sehr interessant. **Charlie Chaplin** in seiner neuesten Komödie **Chaplin im Hühnerstall** Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Des. 7 Uhr.

Dr. Otto Hauser (Schweiz)

zugel. Berlin, spricht am **Freitag den 24. Oktober, abds. 8 Uhr, im „Doffäger“** zu seinem naturwissenschaftlichen Großfilm (6 Akte) **Sonnen-, Erd- und Menschwerdung**

Das Drama der Schöpfung

Die Wunder des Seins in gemeinsamer, umfassender Darstellung auf Grund wissenschaftlicher Forschungsergebnisse. **Eintritt 2. 1.00 und 50 Ctr.** Für die der freigeistigen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Organisationen sowie für die unterstützenden Organisationen Vorzugskarten zu ermäßigten Preisen bei den Funktionären und den Buchhandlungen der „Volksstimme“ und der „Erbüne“. **Freigeistige Arbeitsgemeinschaft Magdeburg.** Kaufe ständig zu höchsten Preisen **sämtliche Lampensorten, Knochen, Eisen, Metalle usw.** Händler erhalten Vorzugspreise. Sortier- u. Lagerräume steh. z. Verfügung. **Auchhinger, Sudenburg, Braunschweiger Str. 22, Telefon 7257.**

Wintertartoffeln

liefert jede Sorte 1845 **Hermann Klutentreter**, Tel. 1267, 2286, Magdeburg, Hauptgüterbahnhof.

+ Geschlechts- +

Verlangen Sie mein Ratgeber z. Erkennen von Lungen-, Blasen- und Hautleiden mit d. Beilage **Timms Kräuteruren** u. deren Wirkung ohne Berufsürg., o. Quecks. und Salz-Finspr. Vers. diskret gegen Voreinsendung v. 0.50 Mk. Ferner Spezialität: **Sieberschutz geg. Ansteckg.** Gefahr d. Geschlechtsl. pro Tube 2.00 Mk. **Dr. J. Rauwiser, Hannover, Odeonstr. 3.**

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Mitstadt. **Todesfälle.** 21. Oktober. Gotgeb. Tochter des Arbeiters Johann Luchjan, 1883, Arbeiter Otto Doro, 53 J., Eisenbahn-Mittlerin 1. Kl. Klara Schmidt, 65 J., Arbeiter Paul Fuß, 22 J., Kantbeamter Gerhard Schoenian, 27 J., Witwe. **Magdeburg-Neustadt.** **Todesfälle.** 20. Oktober. Witwe Friederike Bonath geb. Wolf, 65 J. **Magdeburg-Sudenburg.** **Todesfälle.** 20. Oktober. Benicette geb. Hartmann, Ehefrau des Schiefers Leberecht Beatz, 68 J., Herbert, 6 des Schuhmachers Hermann Selme, 63 J., Arbeiterwitwe Auguste Kölling geb. Bied, 70 J., Westphal, 70 J., Arbeiterin für Anna Freinken geb. Müller, 56 J., Witwe, 6. des Arbeiters Gustav Pantau, 5 J.

Statt Karten. Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes sag' ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Dank auch der Direktion, dem Beamtenverein und den Arbeitern des Betriebes 6 der Krupp-Gründerwerke, der Gefangenen-Gruppe der S. W. B. und dem W. F. W. Magdeburg für die erwiesene Teilnahme. Ebenso danke ich herzlich meinen Hausbewohnern für die schnelle Hilfeleistung und Herrn Dr. Kölling für seine beruhigenden Worte am Sarge. **Magdeburg, den 20. Oktober 1924.** **Frau Emilie Freiberg.**

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abschl. Neue Neustadt.

Todesanzeige.

Am Sonntag nachmittags wurde durch die Folgen eines Anginalanfalls unser Jugendsohn **Paul Ruß** im Alter von 22 Jahren aus unserm Reihen gerufen. Erhebe seinem Andenken! Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 2 Uhr auf dem Neustädter Friedhof statt. Die Kameraden treffen sich zur Teilnahme um 1/2 2 Uhr am Eingang zum Friedhof. Der Abfertigungs-Vorstand.

Wegessen Sie nicht die Ausgaben der Buchhandlung Volksstimme anzuheben

FRAUEN

Die durch keine Erfolglosigkeiten ererbte Originalmarke gegen nervöse Störungen wirkt. **Wirkung ist seit ca. 20 Jahren**

FREBAR

St. gei. gesch. Warnung vor Imitation. Verfügen mit oft wertvollen Mitteln. Nur die **Edelmutter Frebar** verbürgt die besten, vollkommenen und höchsten, unzählige Dank schreiben. Erhält in Apotheken, Drogerien, Sanitäts-Geschäften, Engros-Handel. **Dr. Otto Krause, Magdeburg, Kottensprung 14.**



Der Hausherr sagt:
Ganz vorzüglich schmeckt der Kaffee, seit meine Frau nur noch den guten **Quieta** verwendet. **Trinke Quieta!**

Am 18. d. M. verstarb nach längerer Krankheit unser Genosse

Wally Königstedt
Wir verlieren eine tüchtige Mitkämpferin und werden ihrer stets in Ehren denken. **Sozialdemokratischer Verein** Bezirk Dissauner Straße.

Nachruf.

Für uns unerwartet entfiel am 18. Oktober unser Mitglied **Wally Königstedt.** Wir verlieren in der Verstorbenen eine liebe Kollegin, die sich durch ihr freundliches und stets heiteres Wesen in unsern Reihen großer Wertschätzung erfreute. Ihr Andenken werden wir in Ehren halten. **Zentralverband der Angestellten, Ortsverwaltung.**

Todesanzeige.

Am Montag nachmittags 2 Uhr entfiel an 66. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrubt an **Otto Glistau** nebst Angehörigen.

Auguste Glistau

geb. Schütz im 66. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrubt an **Otto Glistau** nebst Angehörigen. Die Beerdigung findet am Samstag 1 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Neustädter Friedhofs aus statt.

Nachruf.

Nach einem schweren Leiden, aber dennoch unerwartet verschied am Herzschlag am Sonntag nachmittags im 55. Lebensjahre **Herr Paul Eichel** in Calbe Verleger des Stadt- und Landboten (Amtliches Blatt des Kreises Calbe). In jahrzehntelanger, gemeinsamer Arbeit mit ihm verbunden, haben wir den Entschlafenen als offenen und lauterer Charakter hochgeschätzt. Schmerzlich bewegt gedenken wir unsern dahingegangenen Kollegen, dessen Arbeitskraft seinem hohen Berufe, dem er mit idealer Begeisterung anhing, bis zum letzten Atemzuge gewidmet war. Sein Gedächtnis wollen wir in Ehren halten! **Verein deutscher Zeitungsverleger Kreis Mitteldeutschland.**

FELDSCHLOSSCHEN

BRAUEREI G. BURG

TELEFON NO 43

Lagunbier Spezialbier fall n. Dunkel

Feldschlösschen-Bier, Das lob ich mir.



Für jeden Schuh ob dert, ob fein, wird Reifschonung richtig sein **Erdal** *putzt die Schuhe, pflegt das Leder* **Altenbacher-Werke, Werner & Mertz, A.-G. Mainz**

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Oktober 1924.

Gemeinbearbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Vom Gemeinbearbeiterverband wird uns geschrieben: Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurden dem Arbeitgeberverband am 23. August d. J. Forderungen auf Erhöhung der Stundenlöhne für alle männlichen Arbeiter um 10 Pfg. für alle weiblichen Arbeitnehmer um 6 Pfg. unterbreitet.

Der Arbeitgeberverband hatte natürlich den Spruch des Tarifamts abgelehnt und rief den Zentralausschuß in Berlin an. Anstelle nun dort in eine Prüfung der Existenzfrage der Arbeiterklasse einzutreten, hat man es für gut befunden, zu den bisherigen 5 Lohnklassen für Männer noch weitere 2 Klassen zu schaffen.

Die Not der Arbeiter aller öffentlichen Betriebe ist aufs äußerste gestiegen. Die Mehrzahl der Arbeiter geht mit einem Wochenlohn von 15 bis 16 Mark, wovon die Versicherungsbeträge usw. abgezogen sind, nach Hause.

Arbeiter-Erholungsheime.

Arbeiter-Erholungs- und Genesungsheime sind in Deutschland in großer Zahl vorhanden. Ihre Organisation ist eine sehr mannigfaltige, durchaus nicht einheitliche. Es handelt sich meist um Erholungs- und Genesungsheime, die für Besondere im Bereich der Invaliden, Unfall-, Alters- und Angefallenen-Versicherung gedacht sind.

Sozialisierung der Kurorte.

deren heilkräftige Quellen nächst den Kohlen die wichtigsten und wertvollsten Bodenschätze Deutschlands seien. Er fordert u. a. die Verstaatlichung aller natürlichen Heilquellen zur Ermöglichung einer einheitlichen Wäderepolitik.

Die Aufnahmestimmungen.

find in den einzelnen Heimen außerordentlich verschiedenartig. Nur in einer Beziehung findet man eine weitgehende Übereinstimmung: Kranke, insbesondere an Tuberkulose, Krebs und bestimmten Hautkrankheiten leidende Personen sind von der Aufnahme ausgeschlossen.

Die meisten Genesungsheime gewähren ihren Pflegekindern volle Verpflegung, ärztliche Überwachung, Wohnung, Beleuchtung und Heizung, Bett- und Badwäsche. Die Aufnahme erfolgt in vielen Heimen in der Regel am Montag.

Eine gesetzliche Verpflichtung, die den Arbeitgeber in Deutschland dazu veranlaßt, Arbeitern Urlaub zu einem Aufenthalt in einem Erholungs- oder Genesungsheim zuteil werden zu lassen, besteht nicht.

Urlaub und Erholungsurlaub.

einer immerhin beachtlichen Anzahl von Arbeitern und Angestellten gleichzeitig gewährt zu werden; entsprechende Bestimmungen sind dann häufig in den Tarifverträgen getroffen. Auch in den staatlichen und städtischen Betrieben wird den Angestellten und Arbeitern mitunter nach einer gewissen Zeit ein der Dauer der Beschäftigung im Betrieb entsprechender Urlaub unter Gewährung eines Aufenthalts in einem Erholungsheim zugestanden.

Bei den Anstalten, die der Industrie gehören, wird, was sehr häufig der Fall ist, das Heim als eine Stiftung von der Unternehmung (meist Aktiengesellschaft) verwaltet und vollständig unterhalten, oder aber es wird eine besondere Klasse oder ein gemeinnütziger Verein gegründet, dessen Mitglieder die in Frage kommenden Arbeiter sind.

Jedenfalls ist die Frage der Selbstverwaltung der in den Genesungs- und Erholungsheimen befindlichen Personen ganz besonders in der heutigen Zeit von großer prinzipieller und praktischer Bedeutung.

Sozialdemokratische Partei.

- Bezirk Nord. Mittwoch abend 8 Uhr Fortsetzung des Vortragskursums. Die Funktionäre müssen reiflos erscheinen.
Bezirk Alte Neustadt. Am Donnerstag den 23. Oktober, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung bei Böhme.
Bezirk Neue Neustadt. Am Donnerstag den 23. Oktober, abends 8 Uhr, Frauenversammlung im Wintergarten. (Sederer Abend.)

Haushaltungskurse.

Den Stadtverordneten liegt ein Antrag des Magistrats vor, dem städtischen Arbeitsamt einen Betrag von 2500 Mark zu bewilligen zur Einrichtung von vier Haushaltungskursen für arbeitslose Mädchen, die ihre erzwungene Muße dazu benutzen wollen, einen geregelten Unterricht im Kochen, Nähen, Waschen und so weiter zu besuchen.

In einem Aufsatz sollen jedesmal 20 Mädchen teilnehmen, so daß für 80 Mädchen eine dreimonatliche Lehrzeit auf einem Gebiete möglich ist, das noch immer für die Frau trotz aller Berufstätigkeit das wesentlichste ist, die Familienversorgung.

Zusammenlegung von Schulen.

Durch Beschluß vom 17. April d. J. hat die Stadtverordneten-Versammlung sich damit einverstanden erklärt, daß die Sudenburger Knaben- und Mädchen-Mittelschule, die Neustädter 1. Knaben- und Mädchen-Mittelschule, die Neustädter 2. Knaben- und Mädchen-Mittelschule zu je einem gemeinsamen Schulsystem vereinigt werden und die Sudenburger 1. Volksschule, Braunschweiger Straße, und die Budauer 2. Sammelschule, Leipziger Straße, eingezogen werden.

Diese Maßnahmen sind nicht voll zur Durchführung gekommen, weil die Besucherzahlen der Schulen bedeutend gestiegen sind. Es wurde daher nur die Neustädter 1. Knaben-Mittelschule und die Neustädter 1. Mädchen-Mittelschule zu einem Schulsystem vereinigt.

Jetzt sollen folgende Änderungen eintreten, zu denen die Stadtverordneten ihre Zustimmung geben sollen: Vereinigung der Neustädter 1. Knaben-Mittelschule mit der Neustädter 1. Mädchen-Mittelschule zu einem Schulsystem und Auflösung der Sudenburger 3. Volksschule, Kirchhoffstraße 3/4, aufgehoben.

Unauffindbare Haltestellen.

Für Fremde ist es so gut wie unmöglich, für Einheimische außerordentlich schwer, bei einbrechender Dunkelheit eine Haltestelle der Straßenbahn zu ermitteln. Noch oben an der Oberleitung hängt an gewissen Stellen ein schmales Blechschild, auf dem geschrieben steht: „Haltestelle.“

Wie wäre es, wenn die Straßenbahn die Haltestellen mittels Kreide auf dem Fußweg bemerkbar machte. Allerdings müßten

die Buchstaben groß und deutlich geschrieben werden. Eine derartige Anordnung wäre dem jetzigen Zustand entschieden vorzuziehen. Sei dem wie ihm wolle, auf die eine oder andre Art muß eine Veränderung kommen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch auf etwas andres hinweisen. Mit welchem Rechte kommt die Straßenbahn noch her und verlangt als Fahrpreis nach 11 Uhr 25 Pfg. pro Person. Ganz allgemein wird dieser Preis, der für wirkliche Nachtwagen noch als angemessen bezeichnet werden könnte, als durchaus ungerechtfertigt angesehen.

Sozialdemokratische Partei, Bezirk Fernersleben. Die Mitgliederversammlung am Freitag, die von Frauen sehr gut besucht war, kann als ein glücklicher Erfolg der Frauenorganisation gebührend werden. Mit lebhaftem Interesse folgten die Anwesenden dem Vortrag der Genossin Martin, die über das politische und bürgerliche Recht der Frau in der Gegenwart sprach.

Vertriebslisten. Wie kürzlich mitgeteilt, sollte mit der diesjährigen Personenaufnahme nach dem Stande vom 10. d. M. gleichzeitig eine Aufnahme sämtlicher Gewerbebetriebe sowie auch der freien Berufe mittels sogenannter Vertriebslisten auf Grund eines Erlasses des Reichsfinanzministers erfolgen.

Die Straßenbahnlinie nach Cracau wird in interessierten Kreisen immer noch eifrig diskutiert. Die Einwohnerschaft von Cracau sowohl wie auch von Preßler verlangen immer wieder auf Grund der Einmündungsverträge Anschluß an das Straßenbahnnetz.

Die deutsche Reichsbahn. Auf Grund der Beschlüsse zur Durchführung der Sachverständigen-Gutachten neugebildete Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat eine „Die deutsche Reichsbahn“ betitelt Schrift herausgegeben, die die neuesten statistischen Angaben aus dem einzelnen Gebieten des deutschen Eisenbahnwesens unter Berücksichtigung der Vorkriegszeit enthält.

Kanalisation der Obenstedter Straße. Zur Entwässerung eines größeren Neubaus muß die Obenstedter Chaussee auf eine Länge von etwa 250 Metern kanalisiert werden. Nach dem Projekt der Tiefbauverwaltung ist beabsichtigt, im Einklang mit dem bereits von der Stadterordneten die erforderlichen Straßensinkstellen eingebaut werden.

Anschaffung eines Motorpfluges. Für das Nieselgut Körbelich soll ein Schlepper angeschafft werden, der — wegen des weichen Bodens — nach Art der Tanks auf breiter Fläche sich bewegt. Die Kostenberechnung ergibt bei Berücksichtigung der Amortisation, der Reparaturen und des Benzinverbrauchs sowie der Bedienungskosten einen ganz bedeutenden Nutzen gegenüber den Kosten, die das Pflügen mit Pferden verursacht.

Gasexplosion. Am Montag vormittag war in einem Wagheller Kneipweg 24 beim Abkochen eines unrichtigen Gasrohrs das ausgetretene Gas zur Explosion gebracht worden. Von dem gegen 12 Uhr alarmierten Feuerschutz 4 (Budau) wurde das defekte Rohr abgedreht. Ein Schaden am Gebäude ist nicht entstanden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Um die Ortszulagen der Beamten.

Am Samstag fanden im Reichsfinanzministerium zwischen den Vertretern der Beamtenvereine und der Regierung Verhandlungen statt über eine Neuordnung der Ortszulagen und des Wohnungsgeldes. Die Regierung trat mit einem fassen Plan auf, der eine völlige Beseitigung der Ortszulagen vorschlägt und lediglich den Wohnungsgeldzuschuß wie er vor dem Kriege üblich war, vorzieht.

Die Vertreter der Beamten lehnten ohne Ausnahme die Vorschläge der Regierung einmütig ab. Um so verwunderlicher ist es, daß schon am Montag, obwohl strengste Vertraulichkeit beschlossen war, in der Berliner Presse Nachrichten auftauchten, die nur aus dem Reichsfinanzministerium stammen können und die den Anschein zu erwecken suchen, als ob es bei den Verhandlungen zu einer Einigung gekommen wäre. Ein Zugeständnis, zu dem sich die Regierungsvertreter schließlich angelehnt haben, ist die Ablehnung der Beamtenvertreter bequemen, nämlich die fünf Ortsklassen auf vier zu beschränken, wird nach sehr langen Beratungen zustande gekommen sein, ungedacht.

Diese Darstellung läuft auf eine bewußte Fälschung der Tatsachen und der Beamtenherrschaft hinaus. An sich erstreckt die Beamtenherrschaft schon längst eine Verringerung der Ortsklassen von fünf auf drei. Mit dem letzten Zugeständnis sucht die Regierung lediglich auf die Beamtenherrschaft zu wirken.

Die Bergarbeiter fordern Lohnserhöhung.

In Bochum fand am Montag eine Sitzung der an den Tarifverträgen im Bergbau beteiligten Verbände statt. Es wurde beschlossen, die geltenden Tarife zu kündigen.

Der Beschluß wurde damit begründet, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten eine Lohnserhöhung unbedingt erforderlich mache. Mit Rücksicht auf die eingetretene Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel sei ein Ausgleich durch Lohnserhöhung gerechtfertigt.

Bleibt Rheinland-Westfalen fern!

Das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe, Abteilung Bergbau, in Bochum läßt folgende Warnung verbreiten:

In den letzten Tagen hat ein wilder Zustrom von Arbeitern aus fast allen Landesteilen Deutschlands in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk eingeströmt, der geeignet ist, bei der äußerst ungenügenden Arbeitsmarktlage im Bezirk das Heer der bereits Erwerbslosen im eng bebauten Industriebezirk noch weiter zu vermehren. Erst am 15. d. M. sind mehrere tausende von Bergarbeitern infolge Betriebsanforderungen entlassen worden und weitere Entlassungen stehen noch bevor. Es wird daher dringend vor jeglicher Zureise in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk gewarnt, weil die Erlangung von Arbeit und Unterhalt zurzeit daselbst ausgeschlossen ist und eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht in Betracht kommen kann.

Erworbene Vertragsrechte.

Die Frage, ob ein Manteltarifvertrag nach dem Ablauf weiter in Geltung bleibt, wenn an seiner Stelle neue tarifliche Vereinbarungen nicht abgeschlossen sind, spielt in der Praxis fortgesetzt eine große Rolle. Erst kürzlich klagte wieder ein Arbeiter der Berliner Viktoriamühle auf Gewährung seines Urlaubs von 6 Tagen, der ihm nach dem Manteltarif zustand. Der Manteltarifvertrag war allerdings von dem Arbeitgeber zum 30. April d. J. gekündigt worden. Die Firma erklärte sich nur zur Gewährung eines Urlaubs von 3 Tagen bereit, nämlich soviel, als sie in einem etwa neu abzuschließenden Vertrag zugesprochen die Absicht hätte. Der Kläger berief sich in seiner Klageschrift darauf, daß der Urlaub für eine zurückliegende Dienstleistung zu gewähren ist, er also den Urlaub bereits „verdient“ hätte. Weiter berief sich der Kläger noch auf die Bestimmung des Manteltarifs, nach der der Urlaub bereits vom 1. April ab genommen werden könne. Wenn er nicht schon im Monat April seinen Urlaub genommen hätte, so deshalb, weil nach einer Vereinbarung zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen die Arbeiter gehalten waren, ihren Urlaub in der stillen Zeit der Sommermonate zu nehmen.

Die Firma wandte demgegenüber ein, daß sie den Vertretern der Belegschaft Mitte Mai, also nach dem (vermeintlichen) Ablauf des Manteltarifs mitgeteilt habe, daß sie die Urlaubsansprüche der Belegschaft auf das von ihr gewünschte Maß zurücksetze. Die Gesamtbelegschaft, ebenso wie auch der Kläger, hätten keine Einwände erhoben, wären also mit der „Neuregelung“ des Urlaubs einverstanden gewesen.

Das Gewerbegericht, bei dem der Streit ausgetragen wurde, kam zu folgender Entscheidung:

Nach dem Tarifvertrage vom 28. April 1923 stand dem Kläger ein Urlaub von 6 Werktagen zu, da er am 1. April — dem Stichtage für die Berechnung des Urlaubs — 1 Jahr lang bei der Beklagten beschäftigt war. Dies wolle er vorbehaltene Recht konnte dadurch, daß der Tarifvertrag zum 30. April 1924 gekündigt wurde, nicht aufgehoben werden. Der Kläger hätte sich ferner seines alten Urlaubsanspruchs auch dadurch nicht begeben, daß er keinen Widerspruch gegen die Bekanntmachung der Firma erhob. Die Firma wird somit verurteilt, dem Kläger den Lohn für die restlichen 3 Tage Urlaub zu zahlen.

Die Entscheidung des Gerichts stützt sich auf den § 1 der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918, der von der Unabdingbarkeit der Vorteile der Tarifverträge gegenüber dem Arbeiter spricht.

Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hat den Spruch des Gewerbegerichts als eine prinzipielle Entscheidung angesehen und danach für alle Arbeiter der Viktoriamühle den alten Urlaubsanspruch durchgesetzt.

Gegen die Verkündung des Betriebsrätegesetzes.

Auf der Tagung des Beirats des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, die am 10. und 11. Oktober in Erfurt stattfand, stand neben anderen Fragen auch die Verkündung des Personalabbaugesetzes und namentlich die Außerkraftsetzung des § 84 Ziff. 4 des Betriebsrätegesetzes durch Art. 16 der Personalabbaubestimmung zur Erörterung.

Art. 16 bestimmt, daß § 84 Ziff. 4 Betriebsrätegesetz für die Arbeiter und Angestellten, die ihren Lohn aus öffentlichen Mitteln beziehen, aufgehoben ist. War die Beseitigung dieses Schutzes schon während des Personalabbaues zu verwerfen, so wird die Unbilligkeit einer solchen Vernichtung von den Arbeitern und Angestellten, auf die der Art. 16 Personalabbaubestimmung Anwendung findet, um so stärker empfunden, je länger

sie über den Personalabbau hinaus aufrechterhalten bleibt. Bleibt die Aufhebung des Kündigungsschutzes trotz der Beendigung des Personalabbaues weiter bestehen, so erscheint sie als der Anfang der Beseitigung dieses wichtigen Sozialrechts überhaupt, so daß der Art. 16, je länger er besteht, mehr und mehr zu einer Bedrohung aller Arbeiter und Angestellten sich gestaltet. Die Aufhebung des Art. 16 Personalabbaubestimmung liegt somit nicht nur im Interesse der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe, sondern der gesamten Arbeitnehmererschaft.

In Verbindung damit hat der Verbandsbeirat Stellung genommen zu dem Reichsgerichts-Urteil (III. Zivilsenat) vom 8. Juli 1924. Das Urteil erklärt, daß bei Entlassungen von Betriebsratsmitgliedern, die Angestellte sind, und deren Entlassung durch den Personalabbau bedingt ist, die Zustimmung der Betriebsvertretung nicht erforderlich ist. Damit ist auch der im § 96 Betriebsrätegesetz gegebene besondere Entlassungsschutz für diese Betriebsratsmitglieder aufgehoben.

Obwohl das Urteil des Reichsgerichts unmittelbar nur die Interessen der Angestellten und ihrer Betriebsvertretungen betrifft, ist doch zu erwarten, daß auch die Beamten von der Wirkung des Urteils betroffen werden, denn die Mitglieder der bei einigen öffentlichen Verwaltungen und Betrieben eingerichteten Beamtenvertretungen sind nach den entsprechenden Erlassen durch ähnliche Bestimmungen gegen Entlassung geschützt, wie die Betriebsvertretung der Arbeiter und Angestellten nach dem Betriebsrätegesetz. Der übereinstimmende Wortlaut gesetzlicher Bestimmungen hat aber zumeist auch ihre übereinstimmende Auslegung und Anwendung zur Folge.

Der Verbandsbeirat hat, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Dinge zu lenken, seine Stellungnahme in einer entsprechenden Entschließung zum Ausdruck gebracht, in welcher es u. a. heißt:

Der Verbandsbeirat fordert, um der Aufhebung wichtiger Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und ihrer Betriebsvertretungen ein Ende zu machen, vom Reichstag die sofortige Aufhebung des gegenwärtigen Wortlautes des Art. 16 Personalabbaubestimmung und seine Ersetzung durch folgenden Satz:

Die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sowie die Bestimmungen der von den obersten Reichs-, Landes- oder Gemeindebehörden herausgegebenen Erlasse über Beamtenvertretungen werden durch die vorstehenden Vorschriften nicht aufgehoben.

Die beteiligten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind überzeugt, daß die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei nichts unterlassen wird, um dieses Unrecht aus der Welt zu schaffen.

Recht der belgischen Grubenbarone.

Die Bergarbeiter der Provinz haben die Arbeit wieder aufgenommen, soweit es noch nicht geschehen war, doch haben die Arbeitgeber einen großen Teil der Führer des Streikes ausgeperrt.

Trotzdem die Unternehmer mit ihrem Sieg, einer Lohnkürzung um 8 Prozent anstatt um 10 Prozent, zufrieden sein könnten, suchen sie ihr Mißfallen zu kühen, indem sie „zur Abschreckung“ die Führer „auf der Strecke“ lassen. Nach Auffassung der Grubenbarone müßten die Vergleiche sich den Lohnabzug von 10 Prozent widerspruchlos gefallen lassen. Weil sie sich dagegen wehrten, müssen „Exempel statuieren“ werden, nachdem sie vom stärksten Bundesgenossen des Unternehmertums, dem Hunger, befreit waren. Die Führer sollen nun einer weiteren Hungerkur unterworfen werden. Für die Arbeitnehmererschaft, nicht nur für die Bergarbeiter in der Provinz, ergibt sich auch aus diesem Kampfe die Lehre, alles daranzusetzen, um bei ihren Kämpfen den Hunger auszuschalten durch genossenschaftliche Ergänzung ihrer Organisation.

Die Diktatur über das Proletariat.

In ihrer Mittwochnummer veröffentlichte die „Rote Fahne“ einen begeisterten Artikel von Frieda Rubin (Moskau) über eine Kampagne zur Steigerung der Arbeitsleistung in Rußland. Wie es damit steht, darüber unterrichtet folgende Moskauer Korrespondenz der russischen Sozialdemokratie:

Neuerdings zeigt sich bei uns ein immer stärker werdender Druck auf die Arbeiterschaft. In den Zeitungen und offiziellen Versammlungen wird fortgesetzt davon gesprochen, daß die „Produktivität der Arbeit“ gehoben werden müsse. Die offizielle kommunistische Auffassung ist die, daß der Arbeiter zu arbeiten. Die amtlichen Statistiker, die auf obrigkeitlichen Befehl jede beliebige Zahlentabelle herzustellen bereit sind, haben bereits „festgestellt“, daß die Arbeitslöhne 70 Prozent der Vorkriegslohne betragen, während die Produktivität der Arbeit sich lediglich auf 30 Prozent belaufe. Deshalb sei es notwendig, einen Druck auf die Arbeiter auszuüben und eine größere Arbeitsleistung aus ihnen herauszupressen.

Die Ursachen dieses neuen Feldzugs der Kommunisten liegen auf der Hand. Trotz aller Bemühungen ist die russische Staatsindustrie noch immer miserabel organisiert und arbeitet mit großen Defiziten. Der Staat deckt jährlich in Form von „Bankkrediten“ Defizite der Industrie, die sich auf Hunderte von Millionen belaufen. Aber statt die Industrie in vernünftiger Weise zu reorganisieren, gehen die Kommunisten in der Richtung des geringsten Widerstandes vor, indem sie auf die Arbeiterklasse drücken.

Die Folge ist nun, daß auf Befehl des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands eine Revision der Tarifverträge in der Richtung vorgenommen wird, daß die vorgeschriebenen Arbeitsleistungen erhöht werden. Bei den Moskauer Buchdruckern ist die Leistungsnorm gegenüber der Vorkriegszeit um 600 Buchstaben erhöht worden. In den Sornowo-Werken bestand bisher für die Herstellung eines Lokomotivessels eine Norm von 756 Arbeitstagen; jetzt ist diese Norm auf 576 Arbeitstage herabgedrückt worden. In dem Berichte des Zentralkomitees des Metallarbeiterverbandes sind Angaben angeführt, die alle Betrachtungen über die angebliche geringe Leistungsfähigkeit des russischen Arbeiters widerlegen. So beträgt die Produktivität auf den Hochofen im Uralgebiet bereits 90 Prozent, mitunter sogar mehr als 100 Prozent der Vorkriegszeit; die Produktivität der Arbeiter in den Walzwerken von Werdyne-Salnitß beläuft sich auf 118 Prozent

und die der Arbeiter in den Werken von Stakowst sogar auf 181 Prozent der Vorkriegszeit. Trotzdem haben die Löhne im Uralgebiet noch nicht einmal die Hälfte der niedrigen Vorkriegslohne erreicht und werden zudem oft zu neuen Rechnungen in Naturalform ausgegahlt, was ihren Wert noch bedeutend vermindert.

Die gewerkschaftlichen Berichte aus jeder beliebigen Stadt zeichnen dasselbe Bild. In Odessa beläuft sich der Arbeitslohn auf 72 Prozent, die Arbeitsleistung auf 100 Prozent der Vorkriegszeit. In Sornowo sind die Arbeitslöhne vom Januar 1923 bis Sommer 1924 von 57 Prozent auf 42 Prozent des Vorkriegs gestiegen, während die Arbeitsleistung von 58 Prozent auf 80 Prozent gestiegen ist, wobei die letzte Zahl im amtlichen Bericht selbst als zu gering bezeichnet wird.

Es gibt keinen größeren Betrug gegenüber der Arbeiterschaft als der Feldzug für die Erhöhung der „Produktivität der Arbeit“, der inmitten der zusammenbrechenden Betriebe und der über ihre Kraft arbeitenden Arbeiter von den Kommunisten eingeleitet worden ist.

Somit der Bericht. Auch wir sind durchaus der Ansicht, daß die Voraussetzung der Gesundung der Weltwirtschaft die Steigerung der Produktion ist. Auch im sozialistischen Staate würde das so sein. Diese Produktionssteigerung kann im kapitalistischen Staate auf verschiedene Weise erzielt werden. Man kann das amerikanische System der hohen Löhne, der Standardisierung und Durchorganisation der Produktion anwenden. Dieses System ist verbunden mit einer Mechanisierung der Arbeit, die zu einer Abstumpfung der Initiative des Arbeiters führt. Man kann auch einen vorübergehenden Erfolg mit dem neuesten deutschen System haben: der Verlängerung der Arbeitszeit und der Antreibung durch niedrige Löhne. Dieses System führt zur Verschumpfung der Betriebsführung und muß schließlich am Widerstande der Arbeiterschaft scheitern. In diesem Stadium befinden wir uns jetzt.

Im sozialistischen Staate wird die Produktion erhöht durch die Steigerung des Anteils der Arbeiterschaft am Produktionsertrag, durch die vollkommene Durchorganisation der Betriebe, da auf kapitalistische Privatinteressen nicht mehr Rücksicht zu nehmen ist, und durch eine Steigerung des Verbrauchs, der auch durch die Vereinfachung des Verteilungsapparats erzielt wird. Anders ausgedrückt: durch Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit.

In Sowjetrußland aber wird ein System angewandt, das noch weit rückständiger ist als das deutsche. Es ist das brutale Antreibersystem bei Hungerlöhnen, ohne gleichzeitig in irgendeiner Form den Lohnanteil zu erhöhen, ohne den Versuch der Vervollkommenheit der Produktion zu machen. Und dieses schamlose Ausbeutersystem rückständigster Sorte verfuhr man deutschen Arbeiter als „Ideal“ hinzustellen! Daß sich die Arbeiterschaft von diesen Leuten immer mehr abwendet, ist die schärfste Beurteilung des Bolschewismus.

Streik der Hamburger Modellstecher. In Hamburg sind die in den Modellstereotypen beschäftigten Arbeiter wegen Lohnbifferenzen in den Streik getreten.

Einigung im ostpreussischen Bauergewerbe. Der Lohnkampf im ostpreussischen Bauergewerbe ist beendet. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeit ist allenthalben wieder aufgenommen worden.

Bücherschau.

Die hier angeführten Werte sind in der Buchhandlung Volkstimme zu haben

Ginan zum Leben. Bejn farbige Original-Steindrucke von Alfred Hanf, mit Begleitwort von Walter Bähr. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Diese Steinzeichnungen gehen zurück auf die Wandgemälde, die der Maler und Graphiker Alfred Hanf (Erfurt) im Reichsferienheim der Sozialistischen Arbeiterjugend im GutsMuths-Länich in Thüringen für die werklätige Jugend geschaffen hat. Kein andres Ferienheim besitzt bisher einen gleichwertigen oder annähernd gleichartigen Wandschmuck, der in seiner Großartigkeit, Ausdruckskraft und Schönheit ernsthaften Anspruch auf einen Platz in der Geschichte der zeitgenössischen Wandmalerei. Es handelt sich bei den Vierfarbenteinzeichnungen dieser Mappe nicht um photographisch-mechanische Bildwiedergaben, sondern um eine künstlerische Neuschöpfung von besonderem, eigenartigem Reize. Der Künstler hat das, was in Länich von den Wänden spricht, mit eigener Hand dem Lithographenstempel anvertraut, wodurch den Blättern der Persönlichkeitwert des unmittelbaren Kunstwerks gewahrt worden ist. Der Preis beträgt nur 4 Mark. — Im S.-Ladshchnikow-Verlag Berlin erschien: Maxim Gorki: Erlebnisse und Begegnungen. Eine Reihe von Miniaturporträts und Momentaufnahmen aus dem alten und neuen Rußland, aus Frieden, Krieg und Revolution, grausam wahr, aber doch mit immer wieder durchbrechender Liebe zum russischen Volke gezeichnet. — Die rote Palette nennt der Arbeiterdichter Otto Krille eine Sammlung von Skizzen und Gebichten, die im Verlag von Oskar Wöhrle in Konstanz erschienen sind. Soziale Vorwürfe werden warmherzig und in gepflegter Form behandelt. Preis 2,75 Mark. — Im gleichen Verlag erschien ein Vortrag desselben Verfassers über Arbeiterjugend und Bildung, in der viel Beachtenswertes gesagt wird. — Mundartfagen aus Sachsen von Fr. W. Beckerlein, Geogr. Jyhalig, Rud. Gärtner u. a. Deutsche Jugendbücher, herausgegeben vom Dürerbund, 176. Heft. Preis 10 Hg., mit farbigem Umschlag 15 Hg. Jeder Freund heimatlischer Mundart wird diese Geschichten mit Vergnügen lesen. — Die einsame Träne. — Das Buch der guten Witbe. — Herausgegeben von Kurt Robitzschel und Paul Morgan, mit Karikaturen von Paul Simefel. Drei-Masken-Verlag, Berlin N 24. Preis 2 Mark. — Mittel-lateinisches Lesebuch. Eine Auswahl aus der mittellateinischen Literatur in Deutschland von Paul Alpers. Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha-Stuttgart.

Briefkasten.

Berichterstatter Neuhaldensleben. Es ist nicht möglich, ausführliche Berichte aus Ortsausstellungen zu bringen.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Stridmölle, Tritotagen. G. B. Ffcher, Jakobstr. 41. Tel.: 3642



Die mild-aromatische
WALASCO
Salsdorf-Cigarette



Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

„Wie wieder Krieg!“

Sondern Völkerverbrüderung! Wie aber verbrüdern, so lange noch Landes- und Sprachgrenzen bestehen. Mit Recht wies Herr Baer in der Friedenskundgebung im „Hoffjäger“ auf diese Hindernisse hin und betonte, daß gerade eine Weltsprache die Völkerverbrüderung wesentlich fördere, wenn nicht gar erst tatsächlich ermögliche. Durch direkten Verkehr (sei es schriftlich oder mündlich) mit den Angehörigen oder Genossen der verschiedensten Länder der Erde gehen wir der Friedens- wie auch der Arbeiterbewegung erst den wahren inneren Gehalt und Zusammenhang. Die Erlernung der Welt-Hilfssprache „Esperanto“ ist der geeignetste Weg, diesem Zwecke zu dienen. Esperanto, das auf Grund seiner Regelmäßigkeit und Leicht-erlernbarkeit sich schon in der ganzen Welt durchgesetzt hat, wird von sämtlichen Weltmessen, großen internationalen Einrichtungen, wie das Internationale Arbeitsamt, Rote Kreuz, Arbeiter-Sport-Internationale, Internationaler Transport-Verband, Arbeiter-Verband usw., gebraucht. Die Bedeutung, die es gerade auf dem Gebiete des Radiowesens hat, verleiht ihm seine Anerkennung als Einheitsprache schon durch mehrere diesbezügliche Organisationen. Es würde zu weit führen, alle Vorteile der Beherrschung des Esperanto hier anzuführen. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß die Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Esperantisten-Bundes in der Schule Magdalenenberg Lehrkurse einrichtet. Eine rege Beteiligung der Genossen und Genossinnen ist sehr zu wünschen. Für eine gründliche Durchbildung wird gesorgt.

Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null.

Table with columns for location (e.g., Pardubitz, Brandeis, Weimarer), date (20.10.), and water level change (+0.65, -0.20, etc.).

Warenmärkte.

Magdeburger Produkten-Börse vom 20. Oktober.

Die Preise verfielen sich in Goldmarkt, Weizen 11.50-11.70 Tendenz rubig, Roggen 11.80-12.00 Tendenz rubig, Sommergerste 14.00-15.00 Tendenz rubig, Wintergerste 10.10-10.80 Tendenz still, Mais 10.20 Tendenz rubig, Vorkorn 16.00-17.00 Tendenz rubig, Alles für 50 Kilogramm netto, drei Magdeburger oder nachbarlicher Stationen bei Ladungen von 300 Tonnen, Weizenmehl 70/90, 34.25-35.25 Tendenz still, Roggenmehl 70/90, 34.50-35.50 Tendenz still, Für 100 Kilogramm einseitig, Saft, Weizenmehl 8.50-9.00 Tendenz rubig, Roggenmehl 8.20-8.20 Tendenz rubig, Erbsenmehl 1.50-1.60 Tendenz rubig, Zuckerschmelz 9.50-10.50 Tendenz rubig, Kartoffelmehl 10.75-11.00 Tendenz rubig, Alles für 50 Kilogramm ab Verladung.

Notierungen in Kolonialwaren.

Gemäß der Verfehrsliste an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Preise für 50 Kilo bei Bestehen größerer Mengen im Verkehr zwischen Importeuren, Herstellern und Großhandel ermittelt:

(Die Preise verstehen sich in Goldmarkt)

Table listing various goods like coffee, tea, sugar, and their prices in Goldmarkt.

Berliner Produkten-Börse vom 20. Oktober.

An der Mittagsbörse wurden notiert an Station Dreise in Goldmarkt 21.420 = 1 Dollar (Goldanteile) Weizen, märkischer 222-223, mecklenburger 222-223, Braunerhede 240-270, Futtergerste 215-230, Safer, märkischer 188-193, Weizenmehl 32.00-35.25, feinste Sorten u. a. m., Weizenmehl 31.00-35.00, Weizenmehl 13.20, Raps 390-400, Weizen 400-410, Vorkorn 34-38.00, kleine Sorten 17-27, Futtererbsen 19-20, Weizen 17-19.00, Ackerbohnen 20-22, Bohnen 19-20.00, Lupinen, blaue 14.00-15.00, gelbe 16.00-19.00, Sorgho, neu, 20.00-24.00, Kaputtbohnen 16.20, Weizen 25.20, Zuckerschmelz, prompt 9.50-10.50, Zuckerschmelz, 30-70 Proz. 9.25, Kartoffelmehl 19.50-20.00, Weizen und Weizenmehl pro 1000 Kilogramm, das übrige pro 100 Kilogramm.

Telegraphische Auszahlungen.

Die amtlichen Notierungen stellten sich wie folgt in Billionen

Table showing telegraphic remittance rates for various locations like Amsterdam, Buenos Aires, Brüssel, etc.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 22. Oktober: Heftiges, zeitweise aufklarendes, stark kühleres Wetter ohne nennenswerte Niederschläge.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Willst du Mann sein, geh zu Promom, 29. October.

Freiwillige Arbeitsgemeinschaft Magdeburg, Freitag den 24. d. M. abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. D. Hauser über Sonnen-, Erd- und Mondentstehung.

Bekanntmachung.

Streik der Gemeindearbeiter.

Die städtischen Arbeiter haben ohne Genehmigung ihrer Kündigungsschrift die Arbeit niedergelegt. Sie sind von uns aufgefordert worden, bis Mittwoch den 22. d. M., mittags 12 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls ihre festgesetzte Entlassung erfolgt.

Magdeburg, den 21. Oktober 1924.

Der Magistrat.

Freibank.

Am Mittwoch den 22. Oktober, vormittags von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr sowie am Donnerstag den 23. Oktober zu derselben Zeit findet in der Freibank (Schlachthof) der Verkauf von rohem Pferdefleisch statt.

Städtischer Schlacht- und Viehhof.

Pachtacker = Vereinigung von Gardelegen.

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß es Pflicht eines jeden Mitglieds ist, welcher sein Pachtland behalten will, sich in die Liste einzutragen zu lassen. Wer sich nicht unterzeichnet, wird in der Mitgliederliste gestrichelt und hat kein Anrecht auf Land von der Pachtackervereinigung.

Die Listen liegen geordnet nach Plänen von Mittwoch den 22. Oktober bis Freitag den 27. Oktober zur Ansicht aus: Herr Kern, Bernhard, Klosterstraße, für: Stendaler Heerstraße, Klosterhaupte und die Klosterämmer.

Die Mitglieder, welche ihr Ackerland sowie die Dämme in der früheren Spargelplantage und im Pachtland haben, werden gebeten, dortselbst Arbeiten zu unternehmen, da der Verband bereits mit dem Sättigungsrat in Verbindung getreten ist wegen Verlagerung des Pachtvertrags.

Der Vorsitzende, Bernhard Kern. Die hiesige Kinderbewahranstalt wird am 21. d. M. wieder eröffnet. Kennzeichnungs von Kindern vom 3. bis zum 6. Lebensjahr nimmt noch die Leiterin entgegen.

Schnebeck, den 13. Oktober 1924.

Der Magistrat.

Schneider auf Ulster und Saffos. Konzeption, Seimarbeit, für dauernde Beschäftigung suchen. Max Heymann & Co., Agnetenstraße 8.

Advertisement for 'junge Mann' and 'Angora' by Max Matthes, Wilhelmstraße 9 and Breiweg 73/74.

Advertisement for 'Die besten Bier liefert Dräger', Herderstraße 41, Fernsprecher 1358.

Advertisement for 'Zum Hauschlachten', offerierte sämtliche Sorten prima streng sortierter Därme.

Advertisement for 'Frauenwelt - Abend', Einladung für alle Leserinnen der 'Frauenwelt'.

Advertisement for 'Berfette Näherinnen', für elektrischen Betrieb und Selbstarbeit auf Soppen, Böden und Kinderanzüge gefasst.

Advertisement for 'Lüchtige Bürstenmacher', perfekt im Einziehen und Pechen.

Advertisement for 'Bekanntmachung', Wir weisen darauf hin, daß in sämtlichen hiesigen Schulen - auch in den Berufsschulen - nunmehr die Schulparlamente in Tätigkeit treten.

Advertisement for 'Schneider auf Ulster und Saffos', Konzeption, Seimarbeit, für dauernde Beschäftigung suchen.

Advertisement for 'Reichsbund deutscher Mieter, E. B.', Ortsgruppe Groß-Magdeburg, Geschäftsstelle: Große Ringstraße 7.

Advertisement for 'Röchin', die gut lochen kann geschäftl. Hobben 3.

Advertisement for 'Berfette Näherinnen', für elektrischen Betrieb und Selbstarbeit auf Soppen, Böden und Kinderanzüge gefasst.

Large advertisement for 'Z. R. III Amerika', featuring an illustration of a dirigible and the text 'Fliegend und funkend erreichte Amerika'.

Advertisement for 'Fliegen und Funken', Bestellen Sie noch heute in Leinen gebunden, 8 Bogen mit vielen Abbildungen, nur 2.80 Mk.